Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 920.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16. Donnerstag, den 20. Januar 1916. 23. Jahrg.

Kriegswirtschaft und Finanzwesen.

Die neuen Steuerpläne sind vorläufig noch in Dunkel gehüllt, doch werden hier und da Fühler ausgestreckt, Andeutungen gemacht und es dürfte angebracht sein, diese Pläne rechtzeitig zu würdigen.

Freiherr von Zedlitz deutete im „Tag" an, daß die Regierung die Einnahmen aus dem Postregal zu erhöhen wünscht und die offiziöse „Parteilose politische Korrespondenz" bestätigt es. Während aber der freikonservative Politiker nur von einer Erhöhung der Telegrammgebühren sprach, läßt die offiziöse Nachrichtenstelle durchblicken, daß auch die Telephongebühren und das Briefporto verteuert werden soll. Sehen wir zu, was das volkswirtschaftlich zu bedeuten hat.

Die Verstaatlichung des Postbetriebes war eine Notwendigkeit und es ist undenkbar, daß eine andere Ordnung eingeführt werden könnte. Aber alle Finanzpolitiker sind sich auch darüber einig, daß das Postregal nicht zu fiskalischen Zwecken mißbraucht werden soll. Die Ausdehnung des Postverkehrs ist ein so wichtiger Kulturfaktor, daß alles geschehen muß, um diesen Vorteil auszunützen. Voraussetzung ist aber, daß dieser Verkehr möglichst billig ist. — In Deutschland fand das Postwesen in Stephan einen vorzüglichen Organisator, und dieser tüchtige Fachmann hielt unverbrüchlich an dem Grundsatz fest, daß der Postverkehr immer mehr verbilligt werden muß. Gerade dadurch wurde die deutsche Post vorbildlich. Heute kann man das kaum mehr behaupten, denn in den letzten zwanzig Jahren hat das Postwesen in manchen Ländern sich fortschrittsfreudiger gezeigt als in Deutschland, weil hier eingestandenermaßen die Furcht vor Verminderung der Einnahmen den Fortschritt hemmte. Vom finanziellen Standpunkt betrachtet fuhr das Reich beim Stephanschen System nicht schlecht. Die Postverwaltung warf 1872 einen bescheidenen Ueberschuß von 11 Millionen Mark ab und die sprungweise Ausdehnung des Verkehrs, die eben der Billigkeit der Portosätze zu danken war, ließ diesen Ueberschuß beständig steigen. Im Jahre 1912 betrug er im gesamten Reiche (Reichspost, bayerisches und württembergisches Postgebiet) über 118 Millionen Mark.

Es wäre ein seltsamer Widerspruch, wenn just unter der Leitung der Reichsfinanzen durch einen Mann, der aus dem Geschäftsleben kommt, mit dem bewährten System gebrochen werden sollte und aus fiskalischen Gründen die Postgebühren erhöht würden.

Ob dabei das Ziel erreicht werden würde, steht noch sehr dahin. Wohl ist anzunehmen, daß durch eine Erhöhung der Portosätze für Briefe, Drucksachen und Pakete, der Gebühren für Telegramme und Ferngespräche die Einnahmen in die Höhe schnellen, aber es ist auch leicht möglich, daß dann die Ausdehnung des Verkehrs nicht mehr im gleichen Tempo fortschreitet, und dann wird das unablässige, von Jahr zu Jahr fast automatisch sich vollziehende Steigen der Ueberschüsse aufhören.

Welche volkswirtschaftliche Wirkung würde nun eine Verteuerung des Verkehrs haben?

Die Zahl der Briefe, die eine Arbeiterfamilie versendet, ist nicht gar groß, und ein Telegramm verwendet der Arbeiter und vollends die ängstlich sparsame Arbeiterfrau nur in allernotwendigsten Fällen. Eigentlich zu unrecht; denn in vielen Fällen würde die Ausgabe von fünf Groschen für ein Telegramm Aufregung, Sorge und Aerger ersparen, auch direkte Kosten und Zeitverlust. Die Verteuerung des Verkehrs würde immerhin auch für die Arbeiterfamilien eine kleine Mehrausgabe pro Jahr bedeuten. Gerade hier würde aber die Zahl der Briefe und Telegramme, die dem privaten Verkehr dienen, zurückgehen.

In erster Linie wird natürlich die Geschäftswelt getroffen. Eine Abwälzung der Mehrkosten auf die Kundschaft ist nicht gerade wahrscheinlich, dazu sind die Beträge zu gering. Es wird das „Spesen-Konto" belastet, was die Reineinnahme entsprechend verringert. Die Spesen für Porto, Telegramme und Ferngespräche spielen in den einzelnen Geschäftszweigen eine verschiedene Rolle. Am größten sind sie im Bankgewerbe und in jenen Zweigen des Handels, wo der Verkehr sich börsenartig vollzieht, also schnelle Abschlüsse auf telegraphischem Wege üblich sind. Ferner bei den sogen. Versandgeschäften, die den Detailhandel im Großen durch direkten Verkehr mit der Kundschaft betreiben. Nun liegen aber die Dinge im allgemeinen so, daß die Großbetriebe eine Erhöhung der Spesen leicht, die Kleinbetriebe sehr schwer tragen können. Wenn eine Großbank 100 000 Mark mehr Spesen im Jahre hat, so übt das auf das Geschäftsergebnis so gut wir gar keinen Einfluß aus; für einen kleinen Privatbankier kann die Erhöhung der Spesen von ein paar tausend Mark bereits eine schwere Belastung sein, die seine Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Aehnlich beim großen und kleinen Getreide- oder Produktenhändler. Oder nehmen wir den Zeitungsbetrieb, wo die Ausgaben für Telegramme eine ansehnliche Rolle spielen. Die großen Inseratenplantagen werden eine neue Belastung zu tragen wissen, manches kleine Blatt wird sparen müssen und dadurch noch mehr ins Hintertreffen geraten.

Eigentümlicherweise wird in der offiziösen Auslassung auf den Rückgang der Einnahmen der Postverwaltung während des Krieges verwiesen, angeblich um 156 Millionen Mark. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, wo der geschäftliche Verkehr darniederliegt und die Hälfte des privaten Briefverkehrs durch die Feldpost kostenlos erledigt werden muß. Während des Krieges wird die Erhöhung der Gebühren kaum nennenswerte Beträge einbringen.

Ferner muß die Erwägung schwer ins Gewicht fallen, das aller Voraussicht nach die Zeit nach dem Kriege wirtschaftlich die Zeit schwerer Depression sein wird. Gerade da den Verkehr verteuern, heißt den wirtschaftlichen Wiederaufbau in schädlichster Weise erschweren. Schon dieser Grund allein sollte von dem gefährlichen Experiment abhalten.

Als ein weiteres Mittel den Reichsfinanzen aufzuhelfen wird die Erhöhung der Steuer auf Tabak, Zigarren und Zigaretten offiziös propagiert.

Es zeugt nicht gerade von Geist und Initiative, wenn in diesem ausgefahrenen Gleis weitergerutscht wird. Seit der Tabakgenuß sich in der Kulturwelt verbreitete, haben die Regierungen die Raucher besteuert und noch jedesmal, wenn ein Staat in Finanznöten war, hat man vor allem hier die Steuerschraube angezogen. Es fragt sich aber, ob dieses Mittel zur Zeit anwendbar ist ohne sehr ernsthafte Gefahren. Es kommen da verschiedene Dinge in Betracht.

Erstens ist im letzten Jahrzehnt der Steuerdruck gewaltig erhöht worden. 1906 wurde eine sehr hohe Zigarettensteuer eingeführt, während bis dahin nur der Zigarettentabak einem hohen Zoll unterworfen war, und die Tabakgewichtssteuer erhöht. 1909 wurde die Inlandssteuer von 45 auf 57 Mark pro Doppelzentner erhöht und zu dem Auslandszoll ein „Wertzuschlagszoll" im Betrage von 40 % des Preises eingeführt, die Zigarettensteuer abermals erhöht. Diese Belastung war so groß, daß 1909 mit einer Abnahme des Konsums gerechnet werden und ein Betrag zur Unterstützung der arbeitslos werdenden Tabakarbeiter in dem Steuergesetz vorgesehen werden mußte. Die Folgen dieser scharfen Belastung hatte die Tabakindustrie bei Ausbruch des Krieges noch keineswegs überwunden.

Zweitens ist die Lage zurzeit besonders prekär. Die meisten Raucher sind im Felde, also erwerbslos, die Mittel zur Befriedigung des Rauchbedürfnisses sind daher knapp, und der Verbrauch geht zurück. Jede weitere Verteuerung der Tabakserzeugnisse muß also ungünstig auf den Absatz einwirken.

Drittens leidet auch der Rohtabakmarkt unter der Absperrung Deutschlands vom überseeischen Verkehr. Die in Deutschland lagernden Vorräte sind ziemlich aufgebraucht, neue Sendungen von Zigarrentabak gehen nur über Holland ein. Die holländischen Händler nützen diese Lage selbstverständlich aus und erhöhen den Preis. Da überdies der Wechselkurs gesunken ist, hat der deutsche Importeur noch an 30 % Kursverlust beim Kauf zu tragen. Ungeachtet der Steuer haben daher die Zigarrenhändler bereits eine generelle Erhöhung der Preise beschlossen. Auch mit den Zigarettentabaken ist es nicht anders. Diese werden aus dem Orient eingeführt und die Zufuhr war nur aus Rumänien, Bulgarien, der Türkei und Bosnien möglich. Aber die Hauptsache ist, daß sie eben nur bei Bahntransport möglich war und dieser verteuert die billigen Sorten derart, daß ihr Preis bald nach Ausbruch des Krieges fast um das Dreifache bei unverzollter und unversteuerter Ware stieg. Zeitweise waren überhaupt keine neuen Zufuhren am Markt und der Preis wurde dann noch mehr getrieben. Auch mit Zigarettenpapier hat es Schwierigkeiten: die besten Sorten werden aus Frankreich bezogen und als diese Zufuhr ausblieb, wurde die Ware recht knapp, da die deutschen Fabriken angesichts des Mangels geeigneter Rohstoffe die Produktion nicht aufnehmen können.

Die beiden letzten Umstände bewirken also, daß während des Krieges die Lage der Tabakindustrie Deutschlands in hohem Grade ungünstig ist. Wird nun durch Erhöhung der Zölle und Steuern das Produkt weiter in erheblichem Maße verteuert, so wird unfehlbar der Absatz noch mehr zurückgehen und unausbleibliche Folge wird dann sein, daß die Produktion eingeschränkt wird und eine starke Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie einsetzt.

Da sollte man denn doch von derartigen Steuerplänen Abstand nehmen. An der Kalamität in der Textilindustrie, deren Arbeiter zu vielen Tausenden unterstützt werden, weil ihnen jede Erwerbsmöglichkeit abgeschnitten ist, haben wir genug. Es wäre unverzeihlich, wenn man eine zweite Industrie, die sich gerade noch über Wasser hält, durch fiskalische Maßnahmen lahmlegen und Tausende von Arbeiterfamilien während des Krieges brotlos machen wollte.

Von den Kriegsschauplätzen.

An der bessarabischen Grenze, wo einige Tage Ruhe herrschte, haben die Russen gestern zu neuen Angriffen ausgeholt, die jedoch gleich den vorhergehenden erfolglos verliefen. Auf den übrigen Fronten herrschte verhältnismäßig Ruhe; nur im Westen kam es zu einer regen Minen- und Fliegertätigkeit, bei der Metz von den Gegnern — anscheinend ohne erheblichen Schaden anzurichten — mit Bomben belegt wurde.

Der Vierverband hat nun mit Montenegro völlig gebrochen; er hat seine Gesandten vom montenegrinischen Hofe zurückberufen. Damit will er dokumentieren, daß ihn das Schicksal dieses Landes weiter nicht interessiert.

Die Unterwerfung Montenegros hat natürlich in der Presse aller Länder eine lebhafte Besprechung gefunden. Die italienische Presse — mit Ausnahme des „Avanti", der unter arger Zensurbeschneidung scharfe Angriffe gegen das italienische Kabinett richtet und zum Frieden mahnt — erklärt, anscheinend auf höheren Befehl, übereinstimmend, Montenegro sei längst heimlich Oesterreichs Freund gewesen. Das Verhalten der dortigen Regierung sei abgekartetes Spiel. Montenegro werde den Lowcen an Oesterreich abtreten und dafür Skutari erhalten. Mit solchen Behauptungen wird die Presse kaum bei dem denkfaulsten Leser vielen Glauben finden. Auch er wird einsehen, daß Montenegro kapitulieren mußte, weil der Vierverband und speziell Italien es im Stich ließen.

Die englische und französische Presse verhielt sich bisher sehr reserviert. — In Holland hat die Ergebung Montenegros die Hoffnung auf einen baldigen Frieden belebt. Man betont überall, daß Nikita, dieser gute Kenner der Lage, offenbar jeden Glauben an einen Sieg der Entente verloren habe, und daß sein Schritt das Ende jedes italienischen Balkanunternehmens bedeute. — Das dänische Blatt „Politiken" führt aus, es müsse in Rußland einen schmerzlichen und peinlichen Eindruck gemacht haben, daß Rußland seinen besten Freund auf dem Balkan habe ohne Schutz lassen müssen. Für Italien bedeute die Kapitulation Montenegros den Zusammenbruch der italienischen Balkanhoffnungen. Das Blatt fährt fort: Auch England wird sich nicht des Gefühls des Grauens bei Empfang der Nachricht enthalten haben. Der Glaube an Englands Macht und Stärke wirkte früher nicht selten entscheidend mit, die asiatischen und afrikanischen Völker im Zaum zu halten. Wird dieser Glaube nach dem unglücklichen Verlauf der Dinge an den Dardanellen, auf Gallipoli und in Montenegro aufrechterhalten werden können? Die Engländer haben Grund genug, über diese Frage ernstlich nachzudenken. Ob die Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich und Montenegro imstande sind, die Friedensstimmung in den anderen kriegführenden Ländern zu heben, kann gegenwärtig nicht beurteilt werden, aber jedenfalls ist der erste Sonderfrieden im Begriffe, abgeschlossen zu werden, und wenn das Eis erst gebrochen ist, hat man auch das Recht zu hoffen, daß andere Friedensschlüsse bald nachfolgen werden.

Die rumänischen Zeitungen bewerten die Unterwerfung Montenegros als ein Zeichen dafür, daß die Verbündeten alles Vertrauen in den Enderfolg verloren haben. Vom Standpunkte des Rufes des Vierverbandes auf dem Balkan sei das Ereignis besonders kennzeichnend, da Montenegro der tätigste Mittelpunkt des Allslawentums auf dem Balkan gewesen sei. Oesterreich-Ungarn gewinne eine Operationsbasis gegen Albanien, das ihm befreundet oder mindestens neutral sei, wodurch seine Aktion außerordentlich erleichtert werde. Für die Verbindungslinie sei dies ein unschätzbarer Vorteil. Die russenfreundliche Presse schweigt; sie bringt nicht einmal die Nachricht von der Ergebung Montenegros.

Ueber Griechenland gehen jetzt Meldungen in die Welt hinaus, die am nächsten Tage bestritten werden. So sollen die Nachrichten von der Besetzung der athenischen Hafenstadt Phaleron durch englisch-französische Truppen und von dem

Ultimatum wegen sofortiger Abreise des deutschen und österreichisch-ungarischen Gesandten unrichtig sein. Man muß bald zu der Annahme kommen, daß mit der Verbreitung derartiger unwahrer Meldungen bestimmte Absichten verbunden sind.

Im Lauf einer Unterredung mit dem Vertreter des Reuterschen Bureaus drückte Ministerpräsident Skuludis seine Ueberraschung über die Zweifel aus, die die Entente-Mächte anscheinend bezüglich der Politik des griechischen Kabinetts hegten und die sich in Beschränkungen der Einfuhr von Lebensmitteln und Kohle äußerten. Der Ministerpräsident gab die nachdrückliche Versicherung, daß die gegenwärtige Politik Griechenlands vollständig aufrichtig und mit seiner neutralen Haltung gegenüber beiden Gruppen der Kriegführenden vereinbar sei; er sei überzeugt, daß dies die beste Politik für das Land sei. Er erklärte, daß Griechenland weiter neutral bleiben und seine Armee für die schließliche Liquidierung intakt erhalten werde.

*

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Yserfront stieß eine kleine deutsche Abteilung in den feindlichen Graben vor und erbeuteten 1 Maschinengewehr.

Lebhafte beiderseitige Sprengtätigkeit aus der Front westlich von Lille westsüdlich der Somme.

Nachts warfen feindliche Flieger Bomben auf Metz. Bisher ist nur Sachschaden gemeldet.

Ein feindliches Flugzeug stürzte gegen Morgen südwestlich von Kiamkopr ab. Von seinen Insassen ist einer tot.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der Front nichts Neues.

Deutsches Flugzeug-Geschwader griffen feindliche Magazin-Orte und den Flughafen Karlopol an.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

*

Russischer Kriegsschauplatz.

Wien, 19. Januar. Amtlich wird berichtet:

Der gestrige Tag verlief ruhig. Heute in den frühesten Morgenstunden entbrannte an der Grenze östlich von Czernowitz, bei Toporoutz und Bojan eine neue Schlacht. Der Feind setzte abermals zahlreiche Kolonnen an und führte an einzelnen Stellen vier Angriffe nacheinander. Er wurde dort überall von den tapferen Verteidigern zurückgeworfen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Angriffe schwächerer feindlicher Abteilungen bei Lajern und nördlich des Tolmeiner Brückenkopfes wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Besetzung von Virpazar haben unsere Truppen — wie nachträglich gemeldet wird — 28 Stahlkanonen erbeutet.

Gegen Frankreich und Belgien.

Ueber das Explosionsunglück in Lille.

dem, wie der deutsche Generalstabsbericht vom 12. Januar feststellte, das Munitionslager des deutschen Pionierparks in der Umwallung zum Opfer fiel, berichtet Karl Rosner nachträglich im „Lokalanzeiger“: Um 4 Uhr 30 Minuten morgens brach in meinen Schlaf hinein ein heulender Orkan. Mitsamt meinem Bett wurde ich emporgeschleudert und etwa spannbreit wieder hingesetzt. Das ganze Haus wankte derart, daß meine Uhr von der Marmorplatte des Tischchens zu Boden glitt. Als ich mehrere Stunden später durch die Stadt schritt, lagen Tausende Fensterscheiben als glitzernde Splitter auf allen Straßen und Plätzen. In angstvoll aneinander geschmiegten Gruppen standen die Einwohner und redeten verstört von den Sorgen und Schrecken auf einander ein. Ein Franzose, der ganz verzweifelt vor seinem mit tausend Scherben erfüllten Schaufenster stand, rief mir zu, ein englischer Flieger hat ein deutsches Munitionslager getroffen. Es handle sich um ein Munitionslager der Pionierabteilung. Alles, was im Mittelpunkt der Stadt sich an Zerstörung zeige, sei nichts gegen das grenzenlose Elend, das in den Arbeiterquartieren am Alten Südbahnhof angerichtet ward. Der Berichterstatter begab sich selbst auf den Schauplatz der Katastrophe und fand das, was am Tage zuvor noch die Arbeiterstadt am Rande Lilles gewesen war, wie mit ungeheuren Schlägen zerstampft vor. Mit Lebensgefahr bargen unsere Pioniere die jammernden Franzosen und ihre armselige Habe.

Gegen England.

Das Wehrpflichtgesetz im Unterhause.

Bei der Verhandlung über einen Zusatz zur Militärdienstbill, durch den das Gesetz auf alle Männer ausgedehnt werden soll, die nach dem 15. August 1915 in das Nationalregister eingetragen worden und über 18 Jahre alt sind, sagte der Präsident der Lokalverwaltung, Lord Kitchener habe ihn beauftragt, zu erklären, er halte diesen Zusatz für unerwünscht. Lord Kitchener hoffe, daß das Gesetz vom Hause unverändert angenommen wird. Die Männer, die durch die Annahme des Gesetzes verfügbar werden, zusammen mit denen, die sich bereits angemeldet haben, würden es ihm ermöglichen, die Kräfte aufzustellen, die das Land braucht, um den baldigen Sieg zu sichern. Der Zusatz wurde hierauf abgelehnt. Die Regierung nahm jedoch einen Zusatz, welcher der Admiralität den ersten Anspruch auf die unter dem Gesetz rekrutierten Männer gibt, an. Unterstaatssekretär Mc Namara erklärte, daß 50 000 Mann mehr bei der Flotte Dienst nehmen, als die Admiralität ermächtigt war, aufzunehmen. Kolonialminister Bonar Law teilte mit, die Regierung werde sich über das augenblickliche Programm der Wehrpflicht hinaus Soldaten sichern müssen. Thomas, Abgeordneter der unabhängigen Arbeiterpartei, Präsident des Eisenbahnverbandes und einer der entschiedensten Gegner des Wehrpflichtentwurfs, erklärte, nachdem der Entwurf Gesetz geworden ist, könne von Streiken keine Rede sein. Er werde keinen Aufstand in der Industrie fördern, solange der Krieg dauere, und sich so scharf wie möglich jedem Streik widersetzen. Er fühle sich verpflichtet, seinen ganzen Einfluß aufzuwenden, um die Industrie im Gang zu halten.

Mehr Mannschaften für die Flotte.

Ein Weißpapier enthält einen ergänzenden Voranschlag für weitere **50 000 Mann** für die Flotte, wodurch die Gesamtstärke auf **350 000 Mann** erhöht wird.

Der Seekrieg.

Versenkte Schiffe.

Wie aus Lowestoft gemeldet wird, wurden die Fischerfahrzeuge „Tramorest“, „Sunskine“ und „Evelyn“ versenkt. Die Mannschaften sind gerettet. Ferner wurde der britische Dampfer „Marere“ (6443 Brutto-Registertonnen) versenkt; die Besatzung wurde gerettet.

*

Ein englisches Unterseeboot gestrandet.

Amsterdam, 20. Januar. (Privattelegramm des Lüb. Volksb.) Ein englisches Unterseeboot ist bei der Insel Schiermonnikoog gestrandet. 11 Mann der Besatzung wurden von einem holländischen Rettungsboot, die übrigen von einem englischen Torpedoboot gerettet.

*

Der „Persia“-Fall.

Reuter meldet aus Washington: Die amerikanische Botschaft in Berlin meldet, daß die deutsche Regierung alle Befehlshaber deutscher Unterseeboote im Mittelländischen Meere vernommen habe, und daß keiner für die „Persia“-Angelegenheit verantwortlich zu machen sei.

*

„Baralong.“

Reuter verbreitet von englischer Seite eine längere Entgegnung auf die deutschen Ausführungen bezüglich des „Baralong“-Falles. Darin heißt es, die deutsche Weigerung, die „Baralong“-Angelegenheit und die drei von der englischen Regierung bezeichneten Fälle einem unparteiischen Gericht zur Untersuchung vorzulegen, sei schwer erklärlich, wenigstens, wenn die Deutschen angeben, daß sie von der Schuld des englischen Kommandeurs und der Unschuld der Täter in den drei anderen von der englischen Regierung bezeichneten Fällen so fest überzeugt sind. Es sei unwahr, daß die englische Regierung der rechtmäßigen Forderung, eine Untersuchung einzuleiten, nicht nachkommen wolle; sie habe vielmehr eine Untersuchung angestellt, dagegen habe die deutsche Regierung sie abgelehnt, zweifellos, weil sie sehr gut wisse; daß in den Fällen, wo die Deutschen die Angeklagten seien, das unparteiische Gericht gegen sie entscheiden müsse.

*

Die angekündigte Blockade.

Die „New York World“, die über die in Regierungskreisen herrschenden Anschauungen gewöhnlich gut unterrichtet ist, bemerkt zu dem Gerücht, daß England die reguläre Blockade zu erklären beabsichtige, die wirkliche Blockade würde den meisten Protesten, welche die amerikanische Regierung gegen die Behinderung des amerikanischen Handels erhoben hat, entgegenkommen. Sie würde unsern Handel auch erschweren, dieses aber auf gesetzliche Weise tun, da sie einen legitimen Zustand schaffen würde, wobei feste Regeln zur Anwendung kommen. Wenn die britische Regierung bereit sei, gegen Deutschland die Blockade zu erklären, die effektiv und unparteiisch ist und durch die die neutralen Länder nicht blockiert werden, so seien die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichtet, sich darein zu fügen. Die amerikanische Regierung habe die britischen königlichen Verordnungen niemals anerkannt, wie sie auch die von Deutschland für U-Boote als Kriegsgebiet erklärte Zone niemals anerkannt habe. Beide Maßregeln wären gesetzlich. Wenn der Bericht der „Associated Preß“, daß Großbritannien beabsichtige, Rotterdam und andere Häfen als deutsche Einfuhrhäfen zu betrachten und auf sie die Blockade legitimerweise auszudehnen, sich als wahr erweise, so würde sich Großbritannien auf einen ernsthaften Protest der Unionstaaten gefaßt machen müssen; der Protest würde auf den gesetzlichen Grundlagen durch die lebhafte Unterstützung innerhalb und außerhalb des Kongresses gestärkt werden.

Der Balkankrieg.

Zur Kapitulation Montenegros.

Aus dem k. k. Kriegspressequartier wird berichtet: Die Nachricht von dem Friedensantrag der montenegrinischen Regierung ist schon an der ganzen Front bekannt und die Feindseligkeiten wurden auch längs des Tara-Flusses und an der Ostfront im Raum südlich Berane, wo Dienstag noch gekämpft wurde, eingestellt. Vor der Front der Armee Köveß, von Virpazar über Rijeka bis Grahovo schreitet der Akt der Waffenstreckung der montenegrinischen Truppen vorwärts.

Nach Reutermeldungen aus Rom war in den unterrichteten Kreisen seit zwei Monaten die tatsächliche Lage Montenegros bekannt. Die Bedingungen des Friedens sollen sein, daß Montenegro den Lowcen abtritt und dafür einen Hafen im Adriatischen Meer erhält. Montenegro bleibt unabhängig. Der montenegrinische Konsul in Rom teilte mit, daß König Nikita eine Proklamation an sein Volk gerichtet hat, in der er sagt, Montenegro habe nur die Wahl zwischen Untergang und Uebergabe.

König Nikita entschloß sich zur Kapitulation, obwohl ihm seitens des römischen Hofes die Aufnahme in Florenz angeboten wurde, wo er nach der Flucht aus seinem Lande als Pensionär König Viktor Emanuels hätte leben können. Er lehnte letzteres mit rauhen Worten ab und fügte hinzu, daß ihm der Gedanke einer Flucht durchaus fernliege. Er sei auf seinen Schwiegersohn, der ihn mit seiner durchgreifenden Hilfe im Stich ließ, äußerst erbittert. — Nach schweizerischen Blättern dachten Hof und Regierung Montenegros nach Abschluß der Friedensverhandlungen nach Cetinje zurückzukehren, womit auch äußerlich der endgültige Rücktritt vom Vierverband dargetan werde. — König Viktor Emanuel äußerte sich bei einer Flotteninspektion nach der „Daily News“ dahin, daß es unmöglich wäre, etwas über die montenegrinischen Geheimnisse zu sagen.

Italien hat mit Frankreich und England seinen Gesandten am montenegrinischen Hofe zurückgerufen. Die diplomatischen Beziehungen der Vierverbandsmächte zu Montenegro sind damit eingestellt. Die montenegrinische Staatsbank wird aus Alessio nach Cetinje zurückgebracht, wohin auch die montenegrinischen Staatsbehörden zurückkehren.

Das montenegrinische Generalkonsulat in Paris sagt in einer Note, daß das unglückliche Montenegro sich in das Unvermeidliche schicken mußte, nachdem es unter ganz besonders ungünstigen Umständen heldenhaft gegen den zahlenmäßig weit überlegenen und stark bewaffneten Feind kämpfte. Wenn der König und die Regierung nachgab, so muß man sicher annehmen, daß die Armee ihre letzte Munition verschoß. Sogar die Flucht wurde unmöglich, da der Feind an den Grenzen stand und es wegen der erbitterten Feindseligkeit Albaniens keinen Ausweg über das Meer gab. Montenegro wird dem edlen Frankreich, das ihm stets an erster Stelle weitgehende Hilfe bot, so oft Montenegro die herkömmliche Freundschaft anrief, dankbar bleiben.

*

Die serbische Regierung in Korfu.

Die serbische Regierung ist von Brindisi nach Korfu weitergereist, wo die Reste des serbischen Heeres unter der direkten Aufsicht des Ministerpräsidenten Pasitsch versammelt werden sollen. Auch der italienische Gesandte am serbischen Hof siedelte nach Korfu über. Der Aufenthalt der serbischen Regierung in Korfu soll wohl den Zweck haben, Griechenland über den Sinn der Landung der Entente auf Korfu zu beruhigen.

*

ohlen für Griechenland.

Laut „Patris“ haben sich Frankreich und England über die Versorgung Griechenlands mit Kohlen verständigt. Die unterwegs befindlichen Kohlenfrachten bilden einen Vorrat von 20 000 Tonnen, so daß die dringendsten Bedürfnisse damit gedeckt werden können.

*

Englands Getreidekauf in Rumänien.

Der „Avanti“ macht folgende treffende Bemerkungen zu der Meldung, daß England 80 000 Waggons Getreide für bare 256 Millionen Gold gekauft habe: „Hier haben wir in der Tat einen wahren Meisterstreich des englischen John Bull. Rumänien neigte sich in letzter Zeit ganz auffallend den Zentralmächten zu und wollte sie mit Getreide versorgen. Jetzt kommt England mit seinen goldenen Sterlingspfunden, die eine süße Sprache sprechen, und kauft das Getreide den Zentralmächten weg. Diese Sprache der goldenen Pfunde ist eine „Esperanto-Sprache“, die man noch besser versteht, wie die Sprache, die Hindenburg durch seine Leute reden ließ. Das Esperanto der goldenen Pfunde hat England schon oft reden lassen. Das zweite britische Kolonialreich ist auf dieser Esperantosprache aufgebaut worden.“

Die Kämpfe im Orient.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Das türkische Hauptquartier meldet vom 18. Januar: An der kaukasischen Front wurden die Russen, die infolge unserer heftigen Angriffe bedeutende Verluste erhielten, gezwungen, ihre Angriffe auf der ganzen Front einzustellen. Trotz der acht Tage andauernden sehr heftigen Angriffsbewegungen seitens weit überlegener feindlicher Kräfte bleibt die Lage mit unbedeutenden Aenderungen für uns günstig. Sonst nichts Neues.

*

Reuter meldet amtlich aus Pretoria: Die erste südafrikanische Infanteriebrigade ist in Aegypten angekommen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Genugtuung für die öffentliche Auspeitschung von Deutschen in Neu-Guinea.

Die von den australischen Militärbehörden Ende 1914 angeordnete öffentliche Prügelung von Deutschen in Deutsch-Neu-Guinea ist in der Tagespresse öfter erörtert worden, ohne daß bisher eine amtliche Aeußerung zur Sache erfolgt wäre. Wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird hat die australische Regierung seinerzeit erklärt, sie habe die Handlungsweise des Administrators mißbilligt und Anweisung gegeben, daß unter keinen Umständen körperliche Züchtigung wiederholt werden dürfe. Auch die britische Regierung äußert sich dahin, das Vorgehen des Administrators in Rabaul sei „inkorrekt“ gewesen, und er habe deswegen eine „dienstliche Warnung“ erhalten.

Indessen hat die deutsche Regierung, nachdem die Einzelheiten des Vorganges im Laufe des verflossenen Jahres zu ihrer Kenntnis gekommen waren, bei der britischen Regierung vollständige Genugtuung, insbesondere hinreichende Bestrafung der für die beispiellose Brutalität verantwortlichen Beamten verlangt. Die Verhandlungen schweben noch, wobei die weite Entfernung Australiens eine Rolle spielt. Nach ihrem Abschluß darf eine amtliche Veröffentlichung über den Gegenstand erwartet werden.

*

Russisch-japanisches Bündnis.

„Birshewija Wjedomosti“ schreibt zu dem Besuch des Großfürsten Michaelowitsch in Tokio, daß der Großfürst die Aufgabe habe, den Boden für den Abschluß einer Entente zwischen Rußland und Japan vorzubereiten. Beide Mächte hätten ihre alten Streitigkeiten vergessen, die der Politik des gegenseitigen Wohlwollens gewichen seien. Das Blatt meldet ferner, daß die japanische Presse die Möglichkeit eines engen Zusammenarbeitens zwischen Rußland und Japan auf der Basis der gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen bespreche.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Zwecks Gewährung von Zwischenkredit bei der Errichtung von Rentengütern fordert die Regierung vom Landtage den Betrag von 100 Millionen Mark, die auf dem Anleihewege beschafft werden sollen. Es handelt sich um die Ansiedlung von Kriegsinvaliden, hauptsächlich auch um die Vermehrung der ländlichen Bevölkerung in den verwüsteten Teilen Ostpreußens.

Herrenhaus und Wahlrecht.

In der letzten Herrenhaussitzung bedauerten die Konservativen sehr, daß die Regierung ohne Notwendigkeit jetzt schon eine Wahlrechtsänderung nach dem Kriege zugesagt und dadurch den Burgfrieden gestört habe. Dem gegenüber erklärte Fürst Hatzfeld von der neuen Fraktion, daß diese ihre Mitarbeit für eine zeitgemäße Umgestaltung des preußischen Wahlrechts nicht versagen werde. Das Haus vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Gegen die Abschlachtung des Rindviehs.

Wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, sind in der nächsten Zeit einschneidende Maßnahmen zu erwarten, die dazu dienen sollen, die Rindviehabschlachtungen, die in der letzten Zeit in bedenklichem Maße überhand genommen haben, einzuschränken. Besondere Beachtung wird dabei der Umstand finden, daß Händler im Lande umherziehen, zu verhältnismäßig niedrigen Preisen Rindvieh an sich bringen, um es dann zu hohen Preisen zu Schlachtzwecken weiter zu veräußern. Eingehende Prüfung wird ferner die Frage finden, ob es angängig ist, daß Rindfleisch auch weiter zu Konserven verarbeitet wird. Es ist anzunehmen, daß die zu erwartenden Maßnahmen sich auch mit dieser Frage beschäftigen werden. Man müßte Mittel und Wege finden, um den Viehhandel in seiner heutigen Form überhaupt zu untersagen, denn auf die Fleischpreise üben die Praktiken der Viehhändler einen recht erheblichen Einfluß aus.

Abänderung des Reichsvereinsgesetzes.

Aus parlamentarischen Kreisen erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß die Regierung bereit ist, in der Frage der Gewerkschaften nachzugeben und festzustellen, daß die Gewerkschaften keine politischen Vereine sind. Diese Zusicherung ist bereits vor einigen Wochen gegeben worden, sie galt aber als streng vertraulich. Nachdem nun aber das fortschrittliche Organ die Sache in die Oeffentlichkeit gebracht hat, können wir dazu mitteilen: Das Reichsvereinsgesetz wird dahin abgeändert, daß die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine erklärt werden können. Die Absicht, die Vorlage schon in der jetzt verflossenen Tagung des Reichstags zur Verabschiedung zu bringen, ist lediglich dadurch verhindert worden, daß der Dezernent, Ministerialdirektor Lewald erkrankt war, weshalb die Vorlage nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Sie wird dem Reichstag im März zugehen; die Regierung hat aber daran die Bedingung geknüpft, daß weitergehende Beschlüsse nicht gefaßt werden.

Eine neue Reichstagsfraktion.

Im Reichstag hat sich unter dem Namen „Deutsche Fraktion“ eine neue Fraktion gebildet, der nachfolgende 28 Mitglieder beigetreten sind:

Alpers, Dr. Arendt, Bauer (Pfarrkirchen), Behrens, Bruhn, v. Brüneck, Dr. Burckhardt, Colshorn, Doertsen, Frhr. v. Gamp-Massaunen, v. Halem, Hegenscheidt, Herzog, Laux, Lösscher, v. Meding, Mertin, Mumm, Graf v. Posadowsky-Wehner, Rupp (Marburg), Frhr. v. Schele, Schultz (Bromberg), Stubbendorff, Frhr. v. Wangenheim, Warmuth, Werner (Gießen), Werner (Hersfeld), Witt.

Diese Fraktion setzt sich also zusammen aus Freikonservativen, Antisemiten, Bauernbündler und Welfen. Die Fraktion hat drei Vorsitzende, drei Stellenvertreter und eine Anzahl Schriftführer. Sie ist eigentlich ein Zweckverband zur Vertretung in den Kommissionen; um die Geschlossenheit nicht zu stören, hat die neue Fraktion darauf verzichtet, ein Programm aufzustellen. Die Führung liegt in der Hand des Abg. Freiherrn v. Gamp.

Noch höhere Butterpreise?

In der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ tritt ein Berliner Großhändler für eine Erhöhung der Butterpreise ein, weil dann zu erwarten ist, daß die Landwirte ihre Vorräte auf den Markt bringen werden. — Also auch hier wieder das alte Spiel — die Butter wird zurückgehalten, um höhere Preise herauszuschlagen. Hoffentlich trägt die Regierung diesem Verlangen nicht Rechnung, sonst warten die Herrschaften auf noch höhere Preise.

Ueber wirtschaftliche Kriegsziele der Freikonservativen

läßt sich der Abg. Freiherr v. Zedlitz im „Tag“ aus. Er schreibt u. a.:

„Die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland unter britischer Führung bedeutet für Deutschland eine Zeit schwerer Kämpfe auch nach Friedensschluß. Nicht ausruhen auf den Lorbeeren wird das deutsche werktätige Volk alsdann dürfen, sondern weiter alle Kräfte anspannen müssen, um nach dem Sieg mit den Waffen auch im Wirtschaftskampfe zu siegen und den ihm gebührenden Platz in der Weltwirtschaft wieder zu erlangen. Und zwar gilt dies gleichmäßig von Unternehmern, Angestellten und Arbeitern. Wie im Schützengraben wird jeder gleichmäßig voll seinen Mann im Wirtschaftskriege stehen müssen. **Für Klassenkampf ist, wenn wir im Wirtschaftskriege nicht unterliegen sollen, während desselben so wenig Raum wie im Weltkriege.** Wie dieser Kampf, so muß auch der Burgfriede im Erwerbsleben den Friedensschluß überdauern, bis auch der Sieg im Wirtschaftskriege errungen ist. Dazu wird es bei den Arbeiterorganisationen aller Art ein hohes Maß von Selbstzucht erfordern, um sich durch das aus den anerkennenswerten großen Leistungen in der Kriegszeit stark gewachsene Kraftbewußtsein nicht zu Lohnkämpfen verleiten zu lassen. Auf der anderen Seite wird es eines hohen Maßes sozialen Verständnisses seitens der Arbeitgeber und bei allen Teilen der vollen Ueberzeugung bedürfen, daß es sich im Kampfe um unsere Stellung in der Weltwirtschaft um ihre gemeinsame Sache handelt.“

Herr v. Zedlitz sieht natürlich im Festhalten des vollen Zollschutzes für die Landwirtschaft eine Selbstverständlichkeit. Ebenso werde bei Beurteilung der Frage, ob ein Getreide-Einfuhrmonopol sich empfehle, dessen hervorragende Bedeutung als wirtschaftliches Kampf- und Druckmittel namentlich gegenüber Rußland und den Vereinigten Staaten zu würdigen sein.

Asien.

Japanische Forderungen an China. Die „Rjetsch“ gibt Berichte asiatischer Zeitungen wieder, nach denen Japan die früher an China gestellten, damals aber abgeschlagenen Forderungen jetzt von neuem stellte, insbesondere auf Anstellung japanischer Berater für militärische, finanzielle und politische Fragen und die Erlaubnis zum Erwerb von chinesischem Grund und Boden durch die Japaner zur Gründung von Schulen, Tempeln und Hospitälern, ferner die Einführung einer gemeinsamen japanisch-chinesischen Polizei in gewissen Gebieten Südchinas, die Errichtung eines Arsenals in China und Herstellung eines Teiles der nötigen Waffen in Japan sowie auf Konzessionen für drei Eisenbahnen in Südchina. Das Kabinett in Tokio arbeitet, nach gleichen Quellen, eine Zusatznote aus, in der weitere Forderungen gestellt werden, besonders, daß China sich beim Friedenskongreß nur durch Japan vertreten lassen solle.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 20. Januar.

Der Zucker darf nicht teurer werden. Die Oeffentlichkeit wird immer wieder durch Gerüchte beunruhigt, die eine bevorstehende neuerliche Verteuerung des Zuckers ankündigen. Sie wurden verursacht durch eine im Reichsamt des Innern am 5. Januar stattgefundene Konferenz von Interessenten und Sachverständigen, die über Mittel und Wege zur Förderung des Rübenbaues zu beraten hatte. Die Zuckerinteressenten trachten mit allen Mitteln danach, die von ihnen geforderte Erhöhung des Rohzuckerpreises um weitere 25 Prozent trotz der allgemeinen Entrüstung über ihr ungebührliches Verlangen durchzusetzen. Dieses rücksichtslose, nur auf den eigenen Vorteil bedachte Vorgehen muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Es ist geradezu sündhaft, eines der wichtigsten Nahrungsmittel, das wir in überreichem Maße im Lande erzeugen können, noch immer weiter zu verteuern.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen erachtet es daher als seine Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Zuckerpreise bereits in erheblichem Maße gesteigert wurden, und daß dadurch die Zuckerfabriken gerade in der Kriegszeit auf Kosten der Verbraucher sehr hohe Gewinne erzielten. Eine ganze Reihe von Fabriken haben im vergangenen Jahre mehr als 20 bis zu 45 Prozent Dividenden gezahlt. 27 Fabriken steigerten ihre Dividenden im Durchschnitt von 9,17 auf 17,53 Prozent. Eine weitere Steigerung der Zuckerpreise müßte angesichts solcher Gewinne geradezu aufreizend wirken. Wenn sich kein anderer Weg zur Erweiterung des Rübenbaues finden sollte als der der Erhöhung der Rübenpreise im Interesse der Landwirte — was angesichts des gegen früher erhöhten Verdienstes an den Rüben noch bestritten werden kann — so sollen und müssen sich eben die Zuckerfabriken mit geringeren Dividenden begnügen! Die von ihnen beantragte Erhöhung des Rohzuckerpreises würde ihnen aber im Gegenteil auch nach der durchgeführten Steigerung der Rübenpreise nach sachkundiger Schätzung noch einen weiteren Verdienst von rund 29 Millionen Mark im Jahre einbringen. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß die Fabriken im Durchschnitt mindestens zur Hälfte ihre Rüben selbst anbauen, so daß sie im künftigen Jahr ein Geschenk von insgesamt 57½ Millionen Mark aus den Händen der Verbraucher erhielten.

Das darf nicht geschehen. Die rücksichtslose Forderung der Zuckerinteressenten muß im Interesse des Volkes von der Regierung auf das allerentschiedenste zurückgewiesen werden. Die Parole muß lauten: Der Zucker muß billiger werden!

Bestandserhebung von Drogen. Eine neu erschienene Bekanntmachung ordnet die Bestandserhebung von Drogen und Erzeugnissen aus Drogen an. Hiernach ist der am 20. Januar 1916 vorhandene Bestand einer großen Anzahl im einzelnen aufgeführter Drogen bis zum 30. Januar 1916 an die Medizinal-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums in Berlin zu melden. Von allen von der Bekanntmachung betroffenen Drogen und Erzeugnissen aus Drogen sind bestimmte Mindestmengen meldefrei gelassen, so daß die Bekanntmachung insbesondere für Privatpersonen oder kleinere Betriebe kaum in Betracht kommen dürfte. Jeder Meldepflichtige wird außerdem angehalten, ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Aenderung der gemeldeten Vorratsmengen und ihre Verwendung zu ersehen ist.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die eine Aufzählung der meldepflichtigen Drogen und der meldefreien Mindestmengen enthält, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Das Seeamt in Lübeck beschäftigte sich am Mittwoch mit der Strandung des Lübecker Dampfers „Klaus Horn“, der Ende Oktober vorigen Jahres bei Blakau Riff strandete. Der Kapitän hatte in letzter Stunde von seiner Reederei Anweisung erhalten, eine bestimmte Richtung einzuschlagen. Obwohl die nötigen Peilungen nach seiner Anweisung vorgenommen waren, fuhr das Schiff doch mit voller Kraft auf Sand und konnte trotz Gegendampf nicht mehr flott werden. Als das Wasser anfing in den Schiffskörper zu gurgeln, traten die Pumpen in Tätigkeit. Es war jedoch vergebliches Bemühen der Mannschaft, die zuerst ¼ Stunde das Schiff verlassen hatte, wie einer Bergungsgesellschaft, die sich später einfand. Im Spruch des Seeamts wird bemerkt, daß die letzte Peilung vor dem Stranden nicht gestimmt habe, sonst hätte der Dampfer 1—2 Seemeilen vom Riff entfernt fahren müssen. Den Kapitän treffe kein Vorwurf, da die Aufgabe schwierig war, doch hätte er sich nicht auf die unbedingte Richtigkeit der Peilung verlassen sollen. — Der ebenfalls in Lübeck beheimatete Dampfer „Lulea“ hatte von einem schwedischen Hafen aus die Reise angetreten, als er am 10. Oktober v. Js. bei hochgehender See in der Nähe des Gjedser Feuerschiffes von einem Unterseeboot unbekannter Nationalität angehalten wurde. Das Schiff ist nachher gestrandet und hatte, wie sich herausstellte, nur unbedeutenden Schaden genommen, da nur ein Schuß traf und das U-Boot den Erfolg nicht abwartete. Wie das Seeamt feststellte, ist gegen das Verhalten der Mannschaft nichts einzuwenden. — Aufunerklärliche Weise ums Leben gekommen ist der 18jährige Heizer Löding, der am 4. Juli 1915 auf dem Dampfer „Irmgard Horn“ seine erste Seefahrt von Flensburg nach Lulea antrat. Löding hatte gleich in den ersten 24 Stunden vom 2. Maschinisten die Aufforderung erhalten, seine Arbeit besser zu machen. Er ist dann nach oben gegangen, um Wasser zu trinken, kam aber nicht mehr zurück. Als sein Verschwinden bemerkt wurde, ist das Schiff abgesucht worden, auch ließ der Kapitän umdrehen bis zur Stelle der letzten Lotung. Es war an der Südspitze von Aland. Der Reichskommissar nimmt an, daß Löding in selbstmörderischer Absicht über Bord sprang und daß der Entschluß zu dieser Tat nicht bekannt ist. Die Behandlung an Bord sei nicht schuld. Wer sich zu solchem Dienst melde, müsse gewärtig sein, daß er zur Rede gestellt werde, wenn er die Arbeit nicht recht mache. Das Seeamt fällte den Spruch in diesem Sinne und bezeichnete die getroffenen Maßnahmen zum Wiederauffinden als richtig. — Ebenfalls spurlos verschwunden ist der 20jährige Heizer Kahnke aus Stettin, der mit dem Lübecker Dampfer „Newa“ am 20. Juli 1914 von Lübeck nach Petersburg fuhr. Wie er seinen Eltern auf der letzten Karte mitteilte, gehe es toll her. Es sei seine letzte Reise, dann wolle er abmustern und nach Hause kommen. Der junge Mann wird als unschuldiges Kind geschildert, der sehr verträglich war, seine Arbeit rechtschaffen machte und kein Trinker war. Als K. aus Lübeck abfuhr, hatte er eine Flasche Kognak an Bord gebracht, und diese Flasche fand man nachher leer vor, nachdem man sein Fernbleiben vom Heizraum, wo er Wache hatte, bemerkte. Das Schiff wurde abgesucht, wobei keinem Mann der Gedanke kam, daß Kahnke über Bord gesprungen sein könne. Der Vater hegt die Befürchtung, sein Sohn könnte einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein. Nach den Zeugenaussagen konnte sich der junge Mann aber unter Ausnahme eines Heizers mit allen gut vertragen, so daß ein Verbrechen ausgeschlossen ist. Das Seeamt ist nicht in der Lage festzustellen, auf welche Weise Kahnke ums Leben gekommen ist. Schiffsleitung und Maschinisten treffen keine Schuld.

Weihnachten und Neujahr an der Westfront. Genosse Franz K. sendet uns einen ausführlichen Feldpostbrief, in dem er seinen Empfindungen, Erlebnissen und Gedanken, die wohl von vielen seiner Kameraden geteilt werden, wie folgt Ausdruck verleiht:

Nordfrankreich, 12. Januar 1916.

Mein lieber L . . . .!

Dort in der lieben Heimat sind längst die Weihnachtsglocken verklungen und das alltägliche Leben ist wieder an die Stelle der Feiertage getreten. Ich kann mir so lebhaft denken, welche traurigen Tage es sind, die in mancher Familie noch fortleben werden. War es doch sonst ein Fest der Freude und froher Stunden innerhalb der Familie. Doch was ist heute der Begriff Familie? Wohl selten eine Familie, die dieses Fest vollzählig begehen konnte. Wie viel trauriger noch, wie im vergangenen Jahr, mußte es durchlostet werden. Die lange Dauer des Krieges hat es nötig gemacht, daß so mancher zum Dienst gezogen wurde, der wohl nie daran gedacht hat noch mal Soldat zu werden. Wie mancher Vater kämpft neben seinem Sohne, um Haus, Hof und Land zu verteidigen. So mancher Vater, Sohn, Bruder mußte zum zweiten Male fern der lieben Angehörigen dieses Fest begehen. Der von allen Menschen der kriegführenden Länder so heiß ersehnte Friede war uns leider noch nicht beschieden. Wann wird er endlich kommen?! Und mögen nie die Greuel des Krieges ihn wieder stören.

Doch nun will ich kurz erzählen, wie ich das Fest zum zweiten Male an der Front verlebte. Im vergangenen Jahre war es mir vergönnt, diese Tage in Ruhe zu genießen. Auch die Kriegsdauer von fünf Monaten zeigte sich damals noch in den Liebesgaben aller Art. Es war noch alles da. Wie ganz anders in diesem Jahr. Unsere Kompagnie feierte auch das Fest in Ruhe, eben mit dem Gedanken, nach zwei Tagen — am 21. — wieder die erste Linie zu besetzen. Am 19. war unsere Feier. Ich war in dem kleinen Orte bis Mittag auf Wache gewesen. Am Nachmittag wurden wir zur Kirche geführt. Wir sahen die Kerzen am Tannenbaum und sangen die bekannten Weihnachtslieder und hörten uns die Geschichte des Nazareners in der Predigt an. Sie ist immer noch dieselbe und da ich annehme, daß sie auch Ihnen noch bekannt ist, kann ich darüber ja hinweggehen. Um fünf Uhr versammelte sich die Kompagnie wieder in beschränktem Raume, um die offizielle Feier zu begehen. Jeder von uns erhielt ein Paketchen. Die Stadt Schleswig als Standort unseres Regiments hatte es sich nicht nehmen lassen, reichlich zu laden. Herzlichen Dank den Spendern auch an dieser Stelle. Die Musik spielte, der Baum brannte, die Nüsse wurden geknackt, ein schöner Punsch getrunken u. a. m. Es sind das Stunden, deren man sich später gerne wieder erinnert. Müdigkeit ließ mich aber bald aufbrechen und so lag ich denn wieder in dem blauseidenen Himmelbett und träumte von den nächsten 20 Tagen. Ich wollte noch einmal ordentlich ausschlafen, doch kam es wieder mal ganz anders. Es mochte wohl 10 Uhr sein, als meine Kameraden mit der Parole hereinkamen: die Ablösung findet schon morgen statt. Da half nun kein langes Besinnen; um fünf Uhr war Abmarsch. Der Morgen des 20. Dezember brachte schönes Wetter; Mondschein und leichter Frost scheuchte etwas die Katerstimmung. Der Dreistundenmarsch brachte uns bald der ersten Stellung nahe. Andere Kompagnien begegneten uns und wir waren etwas neidisch auf ihr „Schwein“. Konnten diese doch Weihnachten in aller Ruhe feiern. Bald waren wir wieder an der alten Stätte, an welcher wir wenig Freude erlebt hatten. Man fragt die Kameraden, die man gerade im Graben ablöst, ob auch „dicke Luft“ herrscht. Wir erhielten gute Antwort und richteten uns dann in unserem Unterstand auf 20 Tage ein. Wir hatten noch den Wunsch auf trocken Wetter, aber es blieb nur ein Wunsch. Gleich der erste Tag sollte für die Kompagnie überaus traurig sein. Zwei Kameraden begegnen sich im Graben mit Weihnachtspaketen in der Hand. Gewiß von den Lieben daheim, die dem Schützengrähler viel Freude machen sollten. Was sie beide gesprochen haben, weiß man nicht, denn da kam schon das Ungeheuer, eine Mine, dahergesaust und zerriß beide. Ein Dritter wurde so schwer verwundet, daß er seinen beiden Kameraden nach einigen Tagen in den Tod folgte. Ein vierter kam leichter davon. Es war ein bitterer Vorgeschmack zum Fest der Liebe. Und welch ein Schmerz für die Angehörigen. Doch das ist eben der Krieg. Bei solch einem Unglück liegt eine gewisse Schwere über der Kompagnie. Auch setzte der Regen wieder ein und vorbei wars mit der letzten Freude.

Der Segen von oben setzte bald derartig ein, daß die Verbindung nach dem Hauptgang eingestellt werden mußte, denn die Laufgräben waren bald nicht mehr zu passieren, da sie zugefallen waren. Alles mußte bei Nacht über Deckung erledigt werden. Es ist ein derartiger Gang kein Vergnügen. Müssen doch Drahtverhaue und Gräben von nicht geringer Tiefe passiert werden. Stockfinster die Nächte und mit langweiliger Stetigkeit tropft es von oben. Da muß man sich in die Lage desjenigen hineindenken, der mit vollen Händen im Drahtverhau festsitzt, nicht vorwärts noch rückwärts kann und doch nicht weiß, wo er sich denn befindet. Oder er sinkt plötzlich an der Grabenwand hinunter und weiß nicht, wo wieder hinaus. Da bleibt von dem Inhalt der Kochgeschirre oft nichts mehr nach. Kalter Kaffee und Brot war fünf Tage lang alles, was wir genossen haben. Bald sahen wir auch wieder so aus wie die Grabenwände und all das erzieht einem etwas zur Gleichgültigkeit gegen alles. Es war denn auch keine Besonderheit, als wir uns am sogenannten heiligen Abend befanden, der sich von den anderen nicht unterscheiden ließ. Wenn man dann so zwei Stunden auf Posten steht, kommen so manche freudigen Erinnerungen ins Gedächtnis, die man an diesem Abend dort oder dort verlebt hat, an die Kinderjahre und an die Lieben daheim und die Sehnsucht nach vergangenen Stunden wird lebendig. Kein Stern erschien uns jetzt wie jenen Hirten, welcher über der Stelle von Betlehem stehen blieb und den Hirten frohe Kunde brachte. Unsere Sterne waren die Leuchtkugeln, welche den feindlichen Graben beleuchten sollten. Diesen durften wir nicht folgen. Wir hätten dort nicht das junge Mutterglück einer Maria gefunden, sondern Menschen mit tothringenden Waffen. Unsere Feinde, die wir lieben sollen, sie hätten uns das Leben nehmen müssen. An jenem Tage, an welchem nach der Legende Freude allem Volke wiederfahren ist. Von der Kanzel bittet man Gott um Beistand zu den eigenen Waffen, um den Sieg derselben. Dieser ist aber nur möglich, wenn der Feind, also andere Menschen, unterliegen, getötet werden. Und Gott schuf doch alle Menschen nach seinem Ebenbild. Hier muß doch etwas nicht stimmen? Oder können wir Menschen es immer noch nicht fassen?

Doch die Weihnachtstage vergingen ohne irgend welche besonderen Vorkommnisse. Der Regen blieb sich treu und langsam aber ständig durchweichte er die Erde. Erst am 27. Dezember wurde es langsam weniger und am 29. wurde es so schön, daß man es kaum begreifen konnte, wie es so schnell kam. Die Sonne schien direkt warm auf uns herab; es litt uns nicht in unserm Unterstand, alles atmete die angenehme Luft. Zwischen den Grabenhölzern lugten sogar schon die jungen Keime scheu hervor, als wollten sie erst einmal anfragen, ob sie kommen dürften. Das war vor 20 Tagen. Jetzt sprießt alles hier mit Gewalt hervor. Blühende Veilchen umranken die Heckenränder. Butterblumen säumen die Wege ein. Neues Erwachen der Natur, neues Hoffen der Menschen.

Doch zurück zum Graben. Mit dem Sonnenschein kehrte auch langsam die Trockenheit wieder. Die Laufgräben wurden passierbar gemacht und am sechsten Tage gab es dann wieder mal warmes Mittagessen. Der Körper hatte dieses schon sehr verlangt und der Magen nahm es dankbar an. Mit wenigen Ausnahmen waren uns für die übrige Zeit trockene Tage beschieden.

So kam denn der letzte Tag des Jahres, und wir standen an der Schwelle des neuen. Das Jahr 1915 wird in der Weltgeschichte ein trauriges sein und bleiben nach jeder Richtung. Wenn es möglich wäre, würde es wohl als schwärzestes der Menschheit gestrichen werden. Kein anderes war reicher an Jammer, Elend, Schmerz und Tränen als dieses. In banger Erwartung sehen wir alle voller Hoffnung auf das angefangene Jahr. Was wird es uns bringen? Die Erfüllung des einen Wunsches hoffentlich, den jeder mit hinüber nimmt, den Frieden. Doch wir können nicht in die Zukunft schauen, unser Leben gehört der Gegenwart und wir müssen dieser dienen.

Einige Minuten vor 12 Uhr, also am Trennungsabschnitt des alten Jahres, konnten sich viele Kameraden nicht enthalten, ein kleines Freudenschießen zu veranstalten, welches lebhaft erwidert wurde. Ein Posten rief dem andern sein „Prosit Neujahr“ zu. Ob es wohl von der Schweiz bis zum Kanal mit diesen Wünschen weiter ging? Doch bald ließ das Schießen nach und die Worte des Wunsches galten auch den Franzosen drüben, und wirklich, es klang ihr „bon anné“ zurück. Das währte jedoch nicht lange, dann traten die Minenwerfer wieder in Tätigkeit. So sind denn nun schon mehrere Tage des neuen Jahres dahin. Sie unterscheiden sich durch nichts von den andern. Es ist immer noch Krieg. Die letzten Tage wurden wir sogar von den Minenwerfern mit einer Art Trommelfeuer belegt. Es wird immer verrückter. Deshalb hiermit genug vom Krieg.

Dort in der Heimat geht ja auch alles seinen alten Gang. Die Teuerung ist auch uns nicht zum Vorteil, müssen wir doch auch darunter leiden. Auch unserer Kantine fehlt manches, wonach große Nachfrage ist. Butter, das Pfund zu 5 Mark, gab es noch vor kurzem. Nun ist auch diese nicht mehr zu haben. Marmelade und Kunsthonig ist noch das einzige, was zum Brote Verwendung findet. Wie es der Zufall manchmal fügt, möchte ich an dieser Stelle noch erwähnen. In einem Laufgraben begegnete ich neulich einem Kameraden aus einer anderen Kompagnie. Er guckte mich groß an und platzte dann mit den Worten hervor: „Bist du nich de Barbier ut de Johann'sstrat?“ Ich konnte mich leider nicht mit ihm in dem engen Graben unterhalten, denn die Passage darf ja nicht gesperrt werden. Ich mußte lachen und mich beinahe erst besinnen, ob ich in Frankreich und nicht in Lübeck sei.

Ich könnte diesen Brief nicht schließen, ohne nicht auch noch mal die Ungezieferfrage zu erwähnen. Sie ist zu einer Plage im wahrsten Sinne des Wortes geworden. Ein Beispiel. Ich sah neulich einen Wehrmann im Graben stehen, welcher längst die dreißig Jahre überschritten hatte. Er hatte seine Weste auf eine Zeltbahn gebreitet und hürstete aus dieser die Läuse. Es sah bald bei ihm aus wie ein Ameisenhaufen: Tausende von Läusen und alles ausgewachsene Exemplare. Eine Gänsehaut überlief mich, es schien, als bewegte sich das ganze Hemde. Man muß es gesehen haben, um es ganz zu verstehen. Dieses Hemd lag am andern Morgen an der anderen Seite des Grabens. Ob's wohl von jetzt

[illegible] gelaufen ist?! Soll ich diese Sehenswürdigkeit vielleicht der Redaktion zusenden? (Das wäre zu liebenswürdig! Red.) Ich will ja gerne zugeben, daß dieser Fall selten vorkommt. Auch hat dieser Mann selbst etwas Schuld mit. Aber, ist es nicht auch schon traurig, wenn Menschen, denen Sauberkeit eine Hauptsache ist, bei der Jagd nach Läusen es täglich bis auf 50 und mehr Exemplare bringen? Daß man die Leute ständig im Graben stehen sieht und sich laufen, das fällt einem nicht mehr auf. Jeder hat ein Kleidungsstück in den Händen und sucht eifrig. Mancher steht oft da, wie ihn Gott erschaffen hat. Doch auch der Galgenhumor kommt zum Durchbruch. So haben wir die Leibbewohner je nach Größe und Farbe in Nationalitäten eingeteilt. Die Russen groß, schwarz und sehr hungrig, lassen sich aber leicht fangen. Die Franzosen von gleicher Größe, heller Farbe und können sehr laufen. Die Belgier sind klein und haben einen rot-grünen Fleck auf dem Buckel. Alle andern sind die Engländer. Sie kommen nur bei Nacht zum Vorschein und sind sehr grausam, verschwinden aber sofort, wenn sie sich ertappt sehen. Aufhören wird diese Plage wohl erst mit dem Friedensschluß.

Schmerzlich sind für jedem Parteigenossen hier die Vorgänge, die sich augenblicklich in der deutschen Sozialdemokratie abspielen. Man kann es den Verweigerern der Kredite gerne glauben, daß auch sie nur das Beste für die Partei und für unser Vaterland tun wollten. Aber wir, die wir anderer Meinung sind, können es nicht verstehen. Eins ist mir aber klar geworden: jetzt haben wir keine Ursache mehr uns über die Ansichten mancher Genossen im Auslande zu wundern. Doch will ich mir kein weiteres Urteil erlauben. Würde der Friede durch die Ablehnung der Kriegskredite in greifbare Nähe gerückt, dann würden sicherlich alle 110 dafür gestimmt haben. Die große Mehrzahl war aber gegenteiliger Ansicht, und das ist auch die meinige. So müssen wir also aushalten und länger vielleicht, als wenn die Partei einig gewesen wäre. Die deutsche Arbeiterklasse hatte eine bedeutende Macht; wird sie sie wieder erreichen? Ja, sie kann es, wenn sie im Parlament und außerhalb desselben einig ist. Anders aber, wenn Rühle mehr Anhänger findet. Hoffen wir also nur das Beste im Interesse unserer großen Sache. Nun bin ich wohl am Ende meines Lateins angekommen. Viel habe ich wieder zusammengeschrieben und werde in Zukunft die Feder schonen. Einmal werde ich doch wohl noch vom Weihnachtsfest aus dem Schützengraben schreiben müssen. An Frieden ist ja vorläufig nicht zu denken. Hoffentlich hat auch der Feind in diesem Jahre keine Kugel für mich übrig. Es ruhen doch schon so viele Tausend. Und es ist doch auch wirklich genug des grausigen Spiels. Grüßen Sie mir mein Lübeck und alle Bekannten. Gruß Ihr alter F. K.

Gerichtliche Bestrafung wegen Versendung von Streichhölzern ins Feld. Schon häufig hat die Reichspostverwaltung davor gewarnt, feuergefährliche Sachen ins Feld zu schicken, insbesondere Streichhölzer, und wiederholt ist berichtet worden, daß große Feldpostsendungen durch Entzündung in Brand geraten und vernichtet wurden. Leider scheinen viele Leute völlig unbelehrbar zu sein, denn das dringend notwendige Verbot wird immer wieder übertreten. So werden uns jetzt gleichzeitig zwei Fälle gemeldet, die erfreulicherweise mit einer gerichtlichen Bestrafung geendet haben. Eine Frau in Dresden sandte ein Paket ins Feld, das unterwegs wegen schlechter Verpackung von der Post neu eingepackt werden mußte. Dabei bemerkten die Beamten, daß in dem Paket Streichhölzer waren. Es erfolgte pflichtgemäß Anzeige, und die Absenderin wurde zu einer Geldstrafe von 15 Mark verurteilt. Genau der gleiche Fall trug sich in Heiligenstadt auf dem Eichsfeld zu. Auch dort wurde eine Frau wegen des gleichen Vergehens zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Hoffentlich wirken diese gerichtlichen Bestrafungen, denn mit 15 Mark nebst Gerichtskosten sind selbst Streichhölzer zu teuer bezahlt.

Lübecker Opfertage für das Rote Kreuz in Bulgarien. Man schreibt uns: Für den am Sonnabend, dem 22. ds. Mts. im Marmorsaal stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. Falk-Schupp aus München über „Bulgarien und der Weltkrieg" macht sich ein reges Interesse bemerkbar. Herr Dr. Falk-Schupp ist einer der besten Kenner Bulgariens, der wiederholt den Balkan zu Studienzwecken bereist hat. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet über den Vortrag am 22. Oktober 1915 u. a.: Dr. Falk-Schupp legte den Schwerpunkt seines Vortrages in die zahlreichen Bilder, die eine sehr anschauliche und malerische Wanderung kreuz und quer durch Bulgarien, auf seine Berge und in die romantischen Flußtäler voll Ackerbau und Gewerbefleiß abgaben. Der Bildungshunger bei den Bulgaren scheint in allen Kreisen sehr stark zu sein. Aus manchen Dörfern besucht die Hälfte der weiblichen Jugend ein Gymnasium einer Stadt. Von Volk und Volkssitten erzählte Dr. Falk-Schupp allerlei Züge.

pb. **Diebstähle.** Von der Zapfstelle eines Gartens in der Moislinger Allee ist in der Zeit von Sonntag, 16., bis Dienstag, 18. ds. Mts., ein messingener Verschlußkopf, der zirka 10 Zentimeter lang und zirka 2 Pfund schwer ist, gestohlen worden. — Gestohlen oder von unfugtreibenden Personen verschleppt ist in der Nacht zum 17. ds. Mts. in der Großen Burgstraße ein großer Zinkaschenimer mit Deckel und außerdem der Deckel eines zweiten Aschenimers.

w. **Mölln.** Feuerlärm hatten wir vorgestern abend zweimal. Um ½9 Uhr brannte beim Buchbinder Vokuhl Dung, nachts um 12½ Uhr in dem Pagelsschen Hause am Markt Bodengerümpel. Durch das energische Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr konnten beide Brände, ohne größere Ausdehnung erlangt zu haben, gelöscht werden.

Kiel. Selbstmord in der Eisenbahn. Als Dienstag abend 7 Uhr der von Neumünster kommende Personenzug in den Bahnhof eingelaufen war, fiel in einem Abteil zweiter Klasse ein Schuß. Schwer verletzt wurde dort ein junger Mann von etwa 25 Jahren aufgefunden, der eine Schußwaffe gegen sich gerichtet und sich oberhalb des Herzens verletzt hatte. Nach vorgefundenen Papieren scheint es sich um einen Paul Meier aus Heide i. H. zu handeln.

Schwerin. Eisenbahnunglück in Mecklenburg. Dienstag abend 7 Uhr 59 Minuten entgleiste der aus der Richtung von Ferdinandshof in Friedland in Mecklenburg eintreffende Personenzug der Mecklenburg-Pommerschen Schmalspurbahn zwischen den Stationen Rimtau und Uhlenhorst infolge falscher Weichenstellung. Die Lokomotive und der Tender wurden aus den Schienen geworfen und kippten um. Ein Güterwagen bohrte sich mit großer Gewalt in einen Personenwagen hinein. Der Lokomotivführer und der Heizer kamen mit unbedeutenden Verletzungen davon. Auch die Verletzungen, die einige Passagiere erlitten, sind nicht ernster Natur. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks wurde ein Rettungszug von der Station Friedland aus an die Unfallstelle abgelassen. Der Materialschaden ist erheblich. Die Strecke war bis heute vollständig gesperrt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 20. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Stellungen nördlich von Frelinghien wurden gestern abend von den Engländern unter Benutzung von Rauchbomben in einer Breite von einigen hundert Metern angegriffen. Der Feind wurde zurückgeschlagen. Er hatte starke Verluste.

Feindliche Artillerie beschoß planmäßig die Kirche von Lens.

Ein englischer Kampfdoppeldecker mit zwei Maschinengewehren wurde bei Tourcoing von einem deutschen Flugzeug aus einem feindlichen Geschwader heruntergeholt.

An der Yser zwang das Feuer unserer Abwehrgeschütze ein feindliches Flugzeug zur Landung in der feindlichen Linie. Das Flugzeug wurde sodann durch unser Artilleriefeuer zerstört.

Die militärischen Anlagen von Nancy wurden gestern nacht von uns mit Bomben belegt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Artilleriekämpfe und Vorpostengeplänkel an mehreren Stellen der Front.

Ballankriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preußische Verlustliste Nr. 433.
Sächsische Verlustliste Nr. 245.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Eine neuerschienene Bekanntmachung ordnet die **Bestandserhebung von Drogen und Erzeugnissen aus Drogen** an.
Altona, 20. Januar 1916. (267
Stellvertretendes Generalkommando IX. A.-K.

Ausschuss für Kriegshilfe
Verkauf von Marmelade
ausgewogen das Pfund Mk. 0.40
ein 5-Pfund-Eimer . . . „ 1.90
ein 25-Pfund-Eimer . . „ 9.50 (274
Verkauf an jedermann in der **Markthalle**, Stand 8 und 9, werktäglich vormittags von 9—1 Uhr sowie in der **Kriegsküche, Packenburger Allee 10**, am Sonnabend nachm. von 3—7 Uhr.

Ausschuss für Kriegshilfe.
Der Verkauf von Kartoffeln findet jetzt im **Keller Fischstraße 27** statt.
Ein Zentner ab Keller Mk. **4.—**
„ „ **frei Haus** Mk. **4.20**
Bestellungen auf Lieferung ins Haus werden **Dankwartsgrube 20** entgegengenommen. (275

Honig-Rezept:
Einen vorzüglichen Brotaufstrich erhalten Sie durch Aufkochen von 2 Pfund Streuzucker und 1 Päckchen Salus-Honig-Aroma mit ¼ Liter Wasser. Salus-Honig-Aroma ist in Drog.- u. Kolonialw.-Handlg. für 10 Pfg. käuflich. Wo nicht erhältlich, sendet gegen Voreinsendung von 1 Mark die Coriolan-G. m. b. H. Berlin-Schmargendorf zehn Päckchen Salus-Honig-Aroma portofrei. 270

Martha Lühr
Wilhelm Kupas
Verlobte.
Lübeck. 277) Lübeck zurz. a. Urlaub.

Gesucht 1 od. 2 kl. Zugänger
Angebote mit Preis unter T K an die Exped. (269

Näh-Ahle „Stepperin" D. R. G. M. Jedermann kann mit dieser Ahle ohne besond. Vorkenntnisse arbeiten; zerriss. Schuhwerk, Zügel, Geschirre, Pferde- und Wagendecken usw. selbst reparieren. Schönst. Steppstich wie m. Maschine. Zahlr. Anerkennung. Verp. u. portofrei m. versch. Nad. ℳ 2.20 Nachnahme oder Voreins. durch **Joh. Zucker Stuttgart-Botwang.** (271

Ich lach, weil ich die Wäsche mit **Ragoda** mach! Das seifenfreie Waschmittel ist unübertroffen. 272

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (265
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Spar. Lubeca.

Unsere Marine Beste 2 Pf. Cigarette Trustfrei!
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft Dresden

Tran muß das Schuhfett enthalten, sonst verhindert es nicht das Eindringen des Wassers in das Schuhzeug. (266
Schuhfett Tranolin
und Universal-Tran-Lederfett
stets prompt lieferbar. — Ebenso **Oel-Wachs-Schuhpatz**
Nigrin. (Keine abfärbende Wassercreme.)
Carl Grabner, chem. Fabrik, Göppingen (Württbg.)

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Stadttheater. 276
Donnerstag, 20. Januar 1916:
Anfang 7½ Uhr:
Zum ersten Male:
Peer Gynt
Dramatisches Gedicht v. Ibsen.
Musik von Grieg.
Einführungen zu „Peer Gynt" sind an der Theaterkasse zu haben.
Freitag, den 21. Januar 1916:
Anfang 8 Uhr:
Das Musikantenmädel
Operette von G. Jarno.
Sonnabend, 22. Januar 1916:
Anfang 7½ Uhr:
Maria Stuart
Von Friedrich v. Schiller.
Sonntag, den 23. Januar 1916:
Nachm. 3 Uhr:
Jeder Platz 50 Pfg.
Volksvorstellung.
Die Anna-Liese.
Schauspiel von H. Hersch.
Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend 8½—9½ Uhr an der Theaterkasse.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Lübeck.
Auf den Kriegsschauplätzen fielen die Kollegen:
Carl Krüger
Wilhelm Oldörp
Heinrich Dreyer
Ernst Wandke
Emil Boldt
J. Evers
Aug. Kolz.
Ehre ihrem Andenken!
279 Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Hilfsausschuß für das Rote Kreuz in Bulgarien.
Gebt für das bulgarische Rote Kreuz!
I. Lübecker Opfertag für das Rote Kreuz in Bulgarien
am Sonnabend, dem 22. Januar 1916:
Marktkonzert (ausgeführt von der Schutzmannskapelle) nachmittags von 5—6½ Uhr.
Abends pünktlich 7½ Uhr im Marmorsaal des Stadttheaters:
Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Dr. Falk-Schupp aus München über das Thema: (279
„Bulgarien und der Weltkrieg".
Eintritt frei!
Deutscher Hilfsausschuß für das Rote Kreuz in Bulgarien.
Der Lokalausschuß für den Bezirk Lübeck:
J. Burling. E. Harpker. Dr. Bernarck. E. Testorpf.

Nr. 16
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 20. Januar 1916

Die Friedensbemühungen des Parteivorstandes.

Der Vorstand des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgegend hat kürzlich an den Parteivorstand die Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, wenn von einem internationalen Aktionskomitee die Einladung zu einem internationalen sozialistischen Kongreß ergeht, seine Zustimmung zu geben und zu gegebener Zeit die Vorarbeiten auszuführen. Darauf ist vom Parteivorstand folgende Antwort gegeben worden:

Die Anträge, die sich mit unserer Stellung zu einem eventuell zu berufenden internationalen Kongreß befassen, scheinen uns von falschen Voraussetzungen auszugehen. Es dürfte deshalb angebracht sein, die Stellung, die wir während des Krieges zur Internationale eingenommen haben, kurz darzulegen.

Bis zur letzten Stunde vor Kriegsausbruch sind wir mit der Internationale in Fühlung geblieben. Und seit Anbeginn des Krieges ist von uns alles mögliche geschehen, um die Internationale aktionsfähig zu erhalten.

Bereits im September 1914 haben wir versucht, mit den französischen Genossen in Verbindung zu kommen, um durch eine Aussprache eine Verständigung zu ermöglichen und ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Leider ohne Erfolg. Dem Vorschlage der holländischen Genossen, das Internationale Bureau nach dem Haag zu verlegen, um es arbeitsfähig zu machen, haben wir sofort zugestimmt. Im Oktober 1914 hat der Genosse Troelstra mit großem Eifer sich bemüht, eine Plenarsitzung des Internationalen Bureaus und eine gemeinsame Kundgebung der Internationale für den Frieden herbeizuführen. Diese Bestrebungen sind von uns sofort unterstützt worden. Später beschloß das Exekutivkomitee des Internationalen Bureaus, die Genossen aus den kriegführenden Ländern nach dem Haag einzuladen. Dort sollte jede Sektion für sich mit dem Internationalen Bureau verhandeln, um zu versuchen, eine Basis für eine gemeinsame Friedensbewegung zu finden. Wir stimmten dem Vorschlag bedingungslos zu und waren am 23. März 1915 im Haag. Die französische Partei hat es glatt abgelehnt, mit dem Internationalen Bureau oder mit uns zu verhandeln und beharrt auch heute noch auf diesem ablehnenden Standpunkt. Die Engländer haben ursprünglich dem Vorschlage des Exekutivkomitees zugestimmt, waren aber bis jetzt nicht im Haag.

Im Februar 1915 hat in London eine Separatkonferenz der Engländer, Franzosen und Russen getagt. In der dort angenommenen Resolution ist weder von Frieden noch von einer Stellungnahme zu den Vorschlägen des Exekutivkomitees die Rede.

Bei unserer Verhandlung mit den Vertretern des Internationalen Bureaus im März 1915 ist der weitere Vorschlag gemacht worden, die deutschen und österreichischen Genossen sollten gemeinsam ihren Friedenswillen bekunden. Neben der politischen Wirkung erhoffte man davon eine Förderung der Bestrebungen für den Widerzusammentritt der Internationale. Wir sind dem nachgekommen. Am 11. April 1915 tagte in Wien eine Konferenz der Deutschen, Oesterreicher, Ungarn und Tschechen. Wir beschlossen ein Manifest, das sich rückhaltlos auf den Boden der Kopenhagener Beschlüsse von 1910 stellt. Das Manifest tritt ein für einen baldigen Frieden und fordert den Ausbau internationaler Schiedsgerichte, die Unterwerfung der Staatsverträge und Vereinbarungen unter die Kontrolle der Gesetzgebung, die Einschränkung der Rüstungen und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das erwartete Echo aus Frankreich und England blieb aus, die ernstgemeinten Vorschläge der Genossen in den neutralen Ländern wurden abgewiesen, unsere Bemühungen waren ohne Erfolg.

Trotzdem sind wir aus eigener Initiative am 23. Juni 1915 mit einem Manifest erneut für den Frieden eingetreten und sprachen dabei die Erwartung aus, daß unsere Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern im gleichen Sinne auf ihre Regierungen einwirken. Leider wurden wir auch darin enttäuscht.

Neben diesen unseren Bemühungen ist die Reichstagsfraktion bei jeder Tagung des Reichstags entschieden für einen baldigen Frieden ohne Eroberungen eingetreten. Diese Friedensbestrebungen haben erst kürzlich durch unsere Friedensinterpellation besonderen Ausdruck gefunden und brauchen wohl im einzelnen nicht dargelegt zu werden.

Hinzuzufügen ist aber noch, daß die drei skandinavischen Bruderparteien kürzlich erneut beim Internationalen Bureau dringend die Berufung einer Plenarsitzung verlangt haben. **Zur Zeit schweben auch neue Verhandlungen des Internationalen Bureaus mit den Parteien der kriegführenden Länder, um ein gemeinsames Vorgehen für den Frieden zu ermöglichen. Ueber den Ausgang dieser Verhandlungen kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Der Parteivorstand hat jedoch durch seine Vertreter im Haag erklären lassen, daß die deutsche Partei diese erneuten Bemühungen begrüße und unterstützen werde.**

Der Parteivorstand hat also seit Kriegsausbruch unausgesetzt alles getan, was in seinen Kräften stand, um eine gemeinsame Aktion der Internationale für den Frieden zu ermöglichen.

Eine Friedensaktion des Proletariats wird nur dann wirksam sein, wenn sie von den sozialistischen Parteien der Internationale und der zur Leitung gemeinsamer internationaler Aktionen geschaffenen Körperschaft, dem Internationalen Bureau, durchgeführt wird. Die Beschickung von internationalen Konferenzen oder Kongressen, die von unberufener Seite veranlaßt werden, wird deshalb der Parteivorstand ablehnen.

Mit Parteigruß Fr. Ebert.

Zur Angelegenheit Liebknecht.

Der Beschluß der Reichstagsfraktion gegen den Gen. Liebknecht bedeutet den Abschluß einer langen Reihe von Erörterungen in der Fraktion.

Am 2. Dezember 1914 stimmte Genosse Liebknecht bei der Abstimmung über die Kredite entgegen dem Beschluß der Fraktion gegen die Kredite. Zu diesem Bruch der Fraktionsdisziplin veröffentlichte der Fraktionsvorstand folgende Erklärung:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellt fest, daß der Gen. Karl Liebknecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, geschlossen abzustimmen, der durch einen ausdrücklichen Beschluß für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditvorlage gestimmt hat. Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufs tiefste."

In der Sitzung der Fraktion vom 2. Februar 1915 beschäftigte sich die Fraktion mit dieser Angelegenheit und schloß sich der vom Fraktionsvorstand ausgesprochenen Verurteilung des Verhaltens Liebknechts an. Zugleich beschloß die Fraktion für künftige Fälle folgende Regel der Abstimmung:

„Die Abstimmung der Fraktion im Plenum hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist. Glaubt ein Fraktionsmitglied nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf."

Dieser Antrag wurde mit 93 gegen 4 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Am 20. März 1915 hatte sich die Fraktion wiederum mit Liebknecht zu beschäftigen, der seinen Entschluß mitteilte, gegen den Beschluß der Fraktion, betreffend den Kriegsetat, im Plenum zu stimmen. Die Fraktion verurteilte dieses Vorgehen durch eine erneute Erklärung in der Parteipresse.

In der Augusttagung des Reichstags 1915 begann Liebknecht mit der Einbringung von Kurzen Anfragen vorzugehen, ohne zunächst den bestehenden Beschlüssen gemäß dem Fraktionsvorstand oder der Fraktion davon Kenntnis zu geben. Nach eingehender Debatte wurde folgendes beschlossen:

1. Am 8. Mai 1912 beschloß die Fraktion: Bezüglich der Kurzen Anfragen wird beschlossen, daß diejenigen Genossen, welche solche stellen wollen, diese vorher zur Kenntnis des Fraktionsvorstandes bringen sollen, wenn nicht Gelegenheit und Zeit gegeben ist, sie in der Fraktionssitzung zur Kenntnis zu bringen. Hat der Fraktionsvorstand gegen die Stellung einer Frage Bedenken, so soll eine besondere Fraktionssitzung einberufen werden.

2. Entgegen diesem Beschluß hat Liebknecht von seiner Absicht, obige Anfrage an den Reichskanzler zu stellen, dem Fraktionsvorstand keinerlei Kenntnis gegeben, sondern ihm einfach mitgeteilt, daß er diese Anfrage beim Reichstagsbureau eingereicht habe. Liebknecht hat ferner jeden Versuch des Fraktionsvorsitzenden Haase, diese Angelegenheit bis zur Fraktionssitzung zurückzustellen, abgelehnt, obgleich ihm bekannt war, daß die Fraktion sich mit derselben Angelegenehit befassen werde, und obgleich in der materiellen Behandlung der Anfrage dadurch weder eine Aenderung noch Verzögerung eingetreten wäre.

Trotzdem setzte Liebknecht sein eigenmächtiges Verfahren fort und ging, als der Reichstag im November 1915 zusammentrat, von neuem auf eigene Faust mit Anfragen über wichtige politische Angelegenheiten vor. Es handelt sich dabei um Angelegenheiten, die nach übereinstimmender Meinung der Fraktion unmöglich in der Form von Anfragen sachgemäß behandelt werden konnten. In herausfordernder Verhöhnung obigen Fraktionsbeschlusses reichte Liebknecht seine Anfragen im Bureau des Reichstags ein, ohne vorher dem Vorstand oder der Fraktion die geringste Mitteilung zu machen. Ja, er wies das Bureau des Reichstags telegraphisch an, daß er die schleunigste Drucklegung der Anfragen verlange und „sich jede Intervention jedes Dritten — nach dem Vorgange August 1915 — scharf verbitte". Letzteres richtete sich gegen den im August vom Genossen Haase gemachten Versuch, Liebknecht zur Zurückstellung seiner Anfragen bis zur Fraktionsberatung zu bewegen. Die Fraktion beschäftigte sich wiederum mit diesem Vorgehen. Da Liebknecht infolge Krankheit nicht anwesend war, faßte sie in der Sitzung vom 24. November den Beschluß, daß der Fraktionsvorstand ihn zur Zurückziehung seiner Anfragen auffordern solle. Genosse Haase besuchte Liebknecht, um die Frage mit ihm zu besprechen, aber Liebknecht verweigerte die Zurücknahme der Anfragen. Es wurde schließlich, nachdem alle Versuche, Liebknecht zur vernünftigen Einfügung in die Fraktionsarbeit zu bewegen, gescheitert waren, am 29. November folgender Beschluß gefaßt:

„Unter Umgehung und Ausschaltung der Fraktion geht Liebknecht durch Einbringung Kurzer Anfragen fortgesetzt seine eigenen Wege, obwohl gerade dieses Mal weder zeitliche noch Hindernisse anderer Art vorlagen, die von ihm selbst mitaufgestellten Fraktionsbeschlüsse zu respektieren. Die Reichstagsfraktion weist diese fortgesetzten Provokationen aufs schärfste zurück und lehnt jegliche Verantwortung ab."

Auch dieser Beschluß blieb ohne Wirkung auf Liebknecht. Er beharrte bei seinem selbstherrlichen und die Arbeitsgemeinschaft zerstörenden Verhalten, das er mit dem nichtigen Vorwande zu bemänteln suchte, er sei der Hüter der Grundsätze der Partei. Mehrere seiner neuen Anfragen waren derartig, daß der Reichstagspräsident der Meinung war, diese Anfragen nicht zulassen zu dürfen. Der Seniorenkonvent des Reichstags mußte sich, da Liebknecht, frei von jedem politischen Verantwortlichkeitsgefühl, immerfort neue Anfragen dieser Art stellte, an drei aufeinander folgenden Tagen mit der Angelegenheit beschäftigen. Dabei trat die Meinung hervor, daß schließlich die Geschäftsordnungsbestimmungen über die Anfragen geändert werden müßten, wenn ein einzelner Abgeordneter in der Lage sein solle, ein parlamentarisches Recht offenbar zu mißbrauchen.

So sah sich die Fraktion am 12. Januar abermals in der Lage, sich mit dem Fall Liebknecht zu befassen. Auch Mitglieder der Minderheit der Fraktion sprachen sich äußerst scharf gegen das Verhalten Liebknechts aus. Ein Mitglied der Minderheit, das zugleich Mitglied des Seniorenkonvents ist, wies darauf hin, das Vorgehen Liebknechts müsse dazu führen, daß das mühsam errungene Recht der Anfragen gefährdet und dem Reichstag wieder entrissen würde. Ein anderes Mitglied der Minderheit betonte, Liebknechts Verhalten sei ganz unentschuldbar. Liebknecht selbst erklärte, **daß er sich auch in Zukunft in keiner Weise an die Beschlüsse und die Geschäftsordnung der Fraktion gebunden erachte, sondern Politik auf eigene Faust betreiben wolle.** Er blieb dabei, er werde sich nur den Beschlüssen der Fraktion unterordnen, die den Grundsätzen der Partei, wie er sie auffasse, entsprechen. Das heißt nichts anderes, als das subjektive Ermessen des Einzelnen über wohlerwogene Mehrheitsbeschlüsse zu stellen, damit das Grundprinzip einer demokratischen Arbeitsgemeinschaft aufzuheben und jede wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen

---

Vater und Sohn.

Eine oberfränkische Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

13. Fortsetzung.

„So ist's schon nicht — aber kannst du selber deinem Vater recht gehen, wenn er dem Kaspar den Hof in die Hände gespielt hat? — Ich verhehle dir's nicht, Annelies, es gehen scharfe Reden unter den Leuten; sogar der Beckenjörg, der doch gewiß ein achtbarer Mann ist, und vor dem kein Ansehen der Person gilt, sagte gestern im Wirtshaus zum Frieder: wenn's wahr ist mit deinem Schwieger, dann bist du in vielem zu entschuldigen, ich kann mir denken, wie dir der Kopf warm sein mag. Und die Nachbarn haben ihm zugeredet, er solle sich nur seiner Haut wehren."

„Was sagst du mir das?" weinte Annelies. „Kann ich es ändern?"

„Das nicht, aber du sollst dich ändern. Ich gebe sonst nichts auf das Gerede der Leute, aber dasmal ist's nicht ohne. Es wird dir sehr verdacht, und du tust nicht gut, den Frieder noch zu reizen; es heißt: dem Frieder sei es nicht so übel auszulegen, wenn er da und dort über die Schnur haue, du triebest ihn ja mit Gewalt dazu. Hör' auf mich, Annelies, komme mit Sanftmütigkeit an ihn, ich bleib' dabei, von Grund aus ist er nicht schlecht."

„Jawohl — ich bin wieder an dem ganzen Unglück schuld — o, wär' ich gestorben! Marie, es ist nicht schön von dir, daß du dich auch gegen mich setzest, aber es ist gut, kenne ich dich doch und weiß, was ich mir von dir zu versehen habe."

„Deine bösen Reden trage ich dir nicht nach, du siehst eben nicht ein, wie ich's von Herzen gut meine. Was ich sage, ist keine Entschuldigung für den Frieder, ich will nur nicht ins Feuer blasen. Folge mir, Annelies, bezwinge dich, versuch's im guten, treib' ihn nicht zum äußersten, es kann ja kein gutes Ende nehmen."

„Als ob das nicht schon Unglücks genug wär'. Was mir der Frieder angetan, ist über alles Maß, ich kann's ihm nicht vergeben, mag daraus werden, was da will."

„So kann ich's auch nicht ändern; — nun rede von was anderem."

Aber es kam kein Gespräch mehr in Fluß, beide waren verstimmt, und als um zehn Uhr Hans an das Fenster klopfte, ging die Bergbäuerin mit ihm heim. Unterwegs dachte sie: Arme, arme Kinder, traurige Zeiten werden kommen, und euch wird das Unglück am schwersten treffen. Vor Schrecken hätte sie fast die Lampe aus den Händen fallen lassen, als sie daheim Auguste weinend im Sessel sitzen sah. Hans ward zu Bett geschickt, die Mutter zog sich einen Stuhl neben ihr Kind und fragte: „Um Gotteswillen, Madle, was ist passiert?"

„Ach denkt an," schluchzte Auguste, „wir waren noch keine fünf Minuten in der Lichtstube, so kam Frieder mit der Bärbel auch herein. Die Bursche lachten und sangen ein Spottliedle auf ihn, aber er lachte mit und meinte: Das Liedle taugt nichts, mir macht es aber doch Spaß, drum geb' ich euch ein Fäßle Bier — und jetzt seid keine Narren, was geht euch mein Vergnügen an? — Nun war eine Herrlichkeit mit dem Frieder, es war nicht anders, als wollte ihn die Gesellschaft gleich in den Himmel erheben; Johannes und mich hat kein Mensch mehr angesehen. Johannes war käsweiß geworden; wer weiß, was es noch gegeben hätte — da bat ich so lang, bis er mit mir heimging. — Mutter, Mutter — was soll noch daraus werden?"

„Schlimm, schlimm!" seufzte die Bäuerin. „Aber — und das ist zuletzt auch ein Trost — lange kann das Treiben nicht mehr fortgehen, auf die eine oder andere Art muß es bald zum End' kommen."

Aber die Geduld der ängstlich Harrenden ward auf eine schwere Probe gestellt. Dumpfe Schwüle lag auf dem Schreinershaus, äußerlich ging wohl noch alles seinen gewohnten Gang, aber die Spuren des inneren Zerfalls traten täglich sichtbarer hervor. Frieder war selten mehr nüchtern, nur in einer gewissen Betäubung fand er sein Leben, die Zustände in und um sich erträglich. Wichen einmal die Nebel aus seinem Hirn, dann schauderte er zurück vor dem Abgrund, an dem er hintaumelte, aber statt sich aufzurafffen, suchte er Vergessenheit im neuen Rausch. Er hatte das Vertrauen auf sich selber verloren, der Zorn auf den Johannes verwirrte ihn vollends, und auch Bärbel tat redlich das Ihre, daß er nicht zu sich kam.

Mit Annelies redete er seit der Leiche des Schwiegervaters kein Wort; dafür wirtschaftete Bärbel, als sei Haus und Hof schon jetzt ihr Eigentum, und Frieder ließ sie gewähren, auch da, als sie frech die kranke Frau reizte und quälte.

Johannes sah diesem Treiben mit tiefem Schmerz zu; daß sich der Uebermut der Bärbel auch gegen ihn kehrte, beachtete er kaum, dafür erbitterten ihn die Beleidigungen der Mutter desto mehr. — „Darf ich's geschehen lassen? — Bin ich nicht der Annehmer meiner Mutter, da der Vater sie verläßt und der Herle gestorben ist?" fragte er sich oft. — Aber was sollte er tun? Mit dem Vater reden oder mit Bärbel? — Eines so gefährlich als das andere. Auguste, der er seine Not klagte, wußte auch keinen Rat, als: „Wart's ab; ertrag's, so lange du kannst, und geht es durchaus nicht mehr, findet sich vielleicht ein Ausweg."

Eines Tages — Frieder war nach Schottendorf — wühlte Bärbel in dem Weißzeug der Annelies und warf vor den Augen der Kranken die Stücke verächtlich durcheinander.

„Was wollt dir ein?" rief Annelies. „Was hast du in meinen Sachen zu kramen?"

„Eure Sachen?" lachte Bärbel höhnisch, „möchte wissen, was die steckten; was im Haus ist, gehört ja doch dem Frieder."

„Bärbel, Bärbel," schrie Annelies, der eine furchtbare Ahnung aufging, „das ist ein Nagel zu meinem Sarg."

Aber auch Bärbel zitterte, denn hinter ihr stand Johannes, und seine zornfunkelnden Augen weissagten nichts Gutes; hastig brachte sie die Wäsche wieder in Ordnung und verließ mit scheuem Blick die Stube.

Unentschlossen ging Johannes auf und ab; der Jammer der Mutter schnitt ihm ins Herz; es kam ihm vor wie Sünde, wollte er auch diese Bosheit ungeahndet hingehen lassen, und doch fürchtete er sich vor den Folgen eines raschen, in der Hitze herausgestoßenen Wortes, hatte er doch den heimtückischen Charakter des Mädchens genugsam kennen gelernt. „Ich wag's — ich darf nicht länger stille zusehen," sagte er nach ernstem Sinnen und ging der Bärbel nach.

Die Magd erschrak heftig, als er in die Scheune trat, und suchte schreiend den Ausgang zu gewinnen. Allein Johannes schloß kaltblütig das Tor und sagte: „Schrei nicht so unvernünftig, es nützt dir doch nichts, gib jetzt acht, was ich dir sagen will."

„Ich will nichts hören, von dir will ich nichts wissen."

„Glaub' dir auf's Wort, aber ich bin einmal da, und du mußt mich hören. Bärbel, ich kenne dich, weiß womit du umgehst — wenn du dich nicht mehr vor der Sünde fürchtest, nimm dich in acht vor mir. Ueber mich kommst du nicht leicht weg; ehe ich ruhig zusehe, daß du die Mutter zu Tode kränkst und den Vater ins Elend treibst — Bärble hüte dich, ich weiß nicht recht was ich tue!"

„Ich seh's, womit du umgehst! Aber komm mir nicht zu nahe, rühr' mich nicht an, ich wehr' mich."

„Geschwätz! Hand an dich lege ich nicht, es gibt ja wohl noch andere Mittel. Jetzt rede ich im guten. Laß ab; deinen Zweck erreichst du doch nicht! Hilf, daß in unserm Haus wieder Ordnung wird. Wenn du fortziehst und vom Vater läßt — dreihundert Gulden zahle ich dir sofort auf."

„Du?" lachte Bärbel höhnisch. „Wovon? Woher denn?"

„Ueberleg's!" entgegnete Johannes, in dessen Gesicht eine dunkle Röte aufflammte. „Woher ich's nehme, was kümmert's dich? Stoß dein Glück nicht von dir!"

„Mein Glück? Ha! ha! Gestohlenes Gut und Glück?"

„Bedenk' dich!" knirschte Johannes, der kaum an sich halten konnte.

„Was da bedenken! Deinem Vater sag' ich's, was du für einer bist, und merk' dir's, mit Spitzbuben habe ich all mein Lebtag nichts zu schaffen haben mögen."

(Fortsetzung folgt.)

im Parlament unmöglich zu machen. Die Fraktion faßte daher folgenden Beschluß:

„Da Genosse Liebknecht fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt und somit die Pflichten der Fraktionsgemeinschaft auf das gröblichste verletzt, erklärt die Fraktion, daß Liebknecht dadurch die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entstehen, verwirkt hat."

Dieser Beschluß der Fraktion hielt sich durchaus im Rahmen ihrer Kompetenz. Er erkannte keineswegs Liebknecht die Zugehörigkeit zur Fraktion ab, setzte aber die daraus entstehenden Rechte außer Kraft, bis Liebknecht sich bereit erklärt, die mit den Rechten verknüpften Pflichten zu erfüllen.

Unrichtig ist die Behauptung, daß die Mehrheit der Fraktion durch den Schluß der Debatte die Gegner des Antrags mundtot gemacht habe. Abgesehen davon, daß diese Frage bereits in den früheren Beratungen in der Fraktion über Liebknechts Eigenmächtigkeiten wiederholt sehr ausgiebig behandelt worden ist, hat auch in der Sitzung vom 12. Januar eine nochmalige Debatte stattgefunden. Liebknecht hat seine Meinung in einer längeren Rede vertreten.

Die in einem Teil der Parteipresse aufgestellte Behauptung, die Fraktion habe durch ihr Vorgehen gegen Liebknecht in die Rechte der Wähler und der Parteigenossen eingegriffen, ist durchaus hinfällig. Es ist vielmehr selbstverständlich, daß die Wähler und die Parteigenossen ihren Vertreter nur in dem Sinne in die Fraktionsgemeinschaft senden, daß er sich der Disziplin und den Pflichten, die aus dieser Gemeinschaft entstehen, einordnet. Ohne dies ist eine Fraktionsgemeinschaft überhaupt unmöglich.

Der Fraktionsvorstand.

*

Dem „Vorwärts" geht folgende Erklärung aus der Minderheit der Fraktion zu:

Für den Beschluß der Fraktion gegen den Genossen Liebknecht haben 60 Mitglieder gestimmt, dagegen 25. Nachträglich haben von den 25 Genossen, die an der Fraktionssitzung teilzunehmen behindert waren, 12 ihre Gegnerschaft gegen den gefaßten Beschluß dem Fraktionsvorstand mitgeteilt. Der Beschluß der Fraktion stimmt mit dem einen Antrag überein, den der Genosse Buck (Dresden-Neustadt) unmittelbar nach dem Bericht über die Vorgänge im Seniorenkonvent gestellt hatte. Nach seiner Begründung wurde beantragt, dem Genossen Liebknecht sofort das Wort zu erteilen. Das lehnte die Mehrheit ab. Nachdem drei Redner im Sinne des Antrages und einer dagegen gesprochen hatte, erhielt Genosse Liebknecht das Wort. Unmittelbar darauf wurde trotz Widerspruchs die Debatte geschlossen.

Die Minderheit bestreitet entschieden die Kompetenz der Fraktion zu dem von ihr gegen den Genossen Liebknecht gefaßten Beschluß. Die Fraktion hat nicht die Befugnis, einem Mitgliede die „Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen," abzuerkennen. Diese Rechte beruhen auf dem Willen der Wähler und dem Gesamtwillen der Partei, nicht auf dem der einzelnen Fraktionsmitglieder oder der Fraktion in ihrer Gesamtheit. Die Verantwortung für das parlamentarische Auftreten des einzelnen trägt die Fraktion als solche nie, insbesondere fehlt jeder Anlaß zu einer entgegengesetzten Annahme bei den Anfragen, die der einzelne unter seinem Namen allein stellt. Das Vorgehen der Fraktion gefährdet aufs schwerste die Parteieinheit und fordert geradezu schärfsten Protest heraus.

Dies in der Oeffentlichkeit auszusprechen, ist um so mehr geboten, als die Mehrheit der Fraktion durch den Schluß der Debatte auch in dieser Angelegenheit die Genossen, welche gegen den Antrag Buck Stellung nehmen wollten, mundtot gemacht und eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende Behandlung der Angelegenheit in der Fraktion dadurch gehindert hat.

Die Fraktion ist nicht befugt, sich zum Richter über das einzelne Fraktionsmitglied aufzuwerfen. Der Beschluß ist also eine offenbare Vergewaltigung. Er benimmt Liebknecht der Rechte, die ihm als Abgeordneten nach dem Willen seiner Wähler und der Gesamtpartei auf Grund des Gesetzes und der Verfassung zustehen. Liebknecht muß dennoch nach wie vor als vollberechtigtes Mitglied der Fraktion gelten. Die Partei kennt nur gleichberechtigte Mitglieder. Zu diesem Grundsatz steht der Beschluß der Fraktion in schroffstem Widerspruch.

Aus der Partei.

Zum Beschluß der preußischen Landeskommission

gibt die Mehrheit der Landtagsfraktion folgende Erklärung.

Die Unterzeichneten können als Richtschnur für ihre Tätigkeit nur das Parteiprogramm und die Beschlüsse der nationalen und internationalen Parteitage anerkennen; sie bestreiten der Landeskommission das Recht, ihr die Politik vorzuschreiben.

Hirsch. Hofer. Ad. Hoffmann. Paul Hoffmann. Liebknecht. Ströbel.

*

Genosse Konrad Haenisch erklärt im „Vorwärts":

Trotz der Vorgänge, die sich am 21. Dezember im Reichstage abgespielt haben, ist die auf dem Boden der Politik des 4. August stehende Minderheit der preußischen Landtagsfraktion entschlossen, ihrerseits nach wie vor streng die Partei- und Fraktionsdisziplin aufrecht zu erhalten. Ebenso wie die drei andern der Fraktionsminderheit angehörenden Genossen habe ich deshalb darauf verzichtet, im Abgeordnetenhause selbst gegen die Erklärung zu protestieren, die Genosse Hirsch im Namen der Fraktionsmehrheit zur Friedensfrage abgegeben hat. Aber ich kann es für meine Person nicht unterlassen, wenigstens in der Presse von dieser Erklärung [illegible] wie nur möglich abzurücken.

Was die Fraktionsmehrheit — um nur dies eine hervorzuheben — in ihrer Erklärung über die Haltung der deutschen Regierung zur Friedensfrage sagen läßt, ist sachlich ganz unrichtig und kann in keiner Weise der uns allen gleich sehr am Herzen liegenden schnellen Herbeiführung des Friedens [illegible]. Tatsächlich hat der Reichskanzler, wie schon Genosse Landsberg im Reichstage mit vollem Recht festgestellt hat, sehr deutlich seine Bereitwilligkeit bekundet, in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald die Feinde geneigt sind, sich auf eine für Deutschland annehmbare Grundlage für solche Verhandlungen zu stellen. Das aber haben sie bis heute nicht getan. Wenn wir dem Frieden immer noch nicht nähergekommen sind, so tragen alle die Regierungen des Vierverbandes die Schuld daran, nicht aber die Regierung des Deutschen Reiches. Wer auch dieser die Verantwortung für die Verlängerung des furchtbaren Gemetzels [illegible], schädigt daher, wenn auch gewiß nicht in der Absicht, so doch in der Wirkung — und auf diese allein kommt es in der Politik an — die Interessen unseres Landes und erschwert die Herbeiführung des Friedens.

Wie wenig die nun auch von unserer preußischen Fraktionsmehrheit übernommene Taktik der Parteiminorität geeignet ist, der raschen Herbeiführung des Friedens zu dienen, zeigt auf das deutlichste das Manifest des französischen Sozialistenkongresses. Als deutsches Echo dieses Manifestes mag die Fraktionserklärung jedenfalls [illegible] wirken.

Insgesamt steht die Erklärung der preußischen Fraktionsmehrheit im schroffsten Widerspruch zur Politik der Reichstagsfraktion und zu den Beschlüssen des Parteiausschusses, denen sich auch die preußische Landeskommission erst vor wenigen Tagen ausdrücklich angeschlossen hat. Das Vorgehen der preußischen Fraktionsmehrheit bedeutet daher einen schweren Bruch der heute mehr als je gebotenen Einheitlichkeit unserer politischen Aktion. Auch aus diesem Grunde lehne ich jede Mitverantwortung für die Politik der preußischen Fraktionsmehrheit und für die Folgen dieser Politik ab.

Konrad Haenisch.

Noch einer! Julian Borchardt sagt in einer von ihm herausgegebenen Schrift [illegible] „warum ich nicht mit der Opposition gehe". Die Genossen Geyer-Haase-Wurm usw. ist er zu [illegible] für Julian Borchardts Geschmack. Allenfalls finden Liebknecht und Rühle Gnade in seinen Augen, keinenfalls aber Ledebour. — Die Partei wird die Erklärung Borchardts zu tragen wissen. Denn seine Stellung zur Partei war etwas unsicher seit jenem Schiedsgerichtsspruch, der ihn von der Kandidatur zum Landtag ausschloß.

Julius Saupe gestorben. Der Mitbegründer und Vorsitzende des Verbandes der Kupferschmiede, Julius Saupe, ist am Sonntag früh im Alter von 65 Jahren gestorben. Während des Sozialistengesetzes wurde er aus Hamburg als lästiger Ausländer ausgewiesen; es fiel ihm schwer, auch anderorts Arbeit zu bekommen. Lange Zeit mußte er sein Brot mühsam und kümmerlich als Reisender verdienen, bis ihn die Organisation an ihre Spitze stellte. Stets organisatorisch tätig, hat der Verstorbene als Altgeselle der Gesellenbrüderschaft in Hamburg es verstanden, alle damals noch vorhandenen Brüderschaften im Jahre 1885 zu einem Kongreß nach Leipzig zusammenzuberufen, wo dann die Gründung der Organisation der Kupferschmiede beschlossen wurde. Saupe war in der Hauptsache in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung tätig. Er war aber mit Leib und Seele Anhänger der sozialdemokratischen Partei; eine öffentliche Wirksamkeit für diese verbot sich für ihn als Ausländer.

Aus den Organisationen. Mehr als 30 Vertrauensleute des Reichstagswahlkreises Nordhausen-Grafschaft Hohnstein, die in den gewerkschaftlichen Zahlstellen Nordhausens Verwaltungsstellen bekleiden, erklären in einer Resolution, daß die Reichstagsfraktion ihre Befugnisse im Falle Liebknecht überschritten habe. Sie fordern ferner den Bruch der Politik seit dem 4. August 1914 und billigen, daß der Abgeordnete des Wahlkreises, der Genosse Dr. Oscar Cohn, ohne Rücksicht auf das Gerede vom Disziplinbruch, gegen die Kriegskredite gestimmt und sich damit gegen die Fortsetzung der Politik des Burgfriedens und des Durchhaltens gewendet hat. Sie begrüßen freudig diesen erneuten Anfang einer proletarischen Politik, den 20 sozialdemokratische Abgeordnete gemacht haben und erwarten bestimmt tatkräftiges Weiterschreiten auf diesem Wege, wie sie auch die Erwartung aussprechen, daß eine immer steigende Zahl von Abgeordneten sich auf diesen grundsätzlich allein möglichen Boden zusammenfindet, um geschlossen zu handeln für die baldige Beendigung des Krieges.

Eine Kreiskonferenz des Wahlkreises Waldenburg in Schlesien billigte nach einem Vortrag des Genossen Sachse die Haltung der Mehrheit der Fraktion. Sie erwartet, daß die Fraktion Annektionsbestrebungen energisch entgegentritt und alles tut, was geeignet ist, ohne die Interessen Deutschlands und seiner Arbeiterklasse zu schädigen, den Frieden herbeizuführen. Die Konferenz erblickt in dem Verhalten der 20 Genossen eine Parteischädigung und darüber hinaus eine Schädigung der deutschen Arbeiter, da durch die Tätigkeit dieser Genossen der Reaktion Waffen geliefert werden, durch die sie gestärkt wird.

Im Reichstagswahlkreise Reuß j. L. nahm eine von 70 Parteifunktionären und Vorstandsmitgliedern besuchte Konferenz eine Entschließung an, die sich zustimmend zur Haltung des Abgeordneten Genossen Wurm ausspricht. Sie stimmt der Ablehnung der Kriegskredite zu im Hinblick auf die offene Erklärung der bürgerlichen Parteien am 9. Dezember im Reichstage, daß Annektionen ihr Kriegsziel bilden.

Der Zentralvorstand der Provinz Brandenburg stimmte einmütig den Beschlüssen des Parteiausschusses und der preußischen Landeskommission zu.

Die sächsische Partei gegen die Abhaltung eines Kriegsparteitags. Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände der Partei in Sachsen beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung u. a. mit der Frage der Abhaltung eines deutschen Parteitages. Sie kamen einmütig zu dem Beschluß, daß unter den Verhältnissen der Kriegszeit ein Parteitag, ganz gleich, in welcher Form, nicht abgehalten darf, da dazu alle nötigen Voraussetzungen fehlen.

Eine Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus im Haag. Als Vertretung der ungarischen Sozialdemokratie sind der Chefredakteur des Organs der sozialdemokratischen Partei, „Nepszava", Ernst Garami, und der Sekretär der Partei, Emanuel Buchinger, nach dem Haag gereist, um an der ersten Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus teilzunehmen, in welchem die sozialdemokratischen Parteien aller kriegführenden Länder vertreten sein werden.

Die Friedensbedingungen eines Engländers.

In der englischen Wochenschrift „Nation" wird ein Schreiben des englischen Schriftstellers H. N. Brailsford veröffentlicht, in dem sich dieser über den Krieg und die Friedensbedingungen äußert. Er bemerkt einleitend, bei allen kriegführenden Staaten sei das gleiche Kriegsziel vorherrschend: Die Sicherheit. Jeder Teil hofft auf Sicherung durch die Vernichtung der militärischen Macht des andern. — Ueber die Ursache des Krieges sagt der Verfasser:

„Die tiefe Ursache des Krieges war weder der Mord von Sarajewo noch das österreichische Ultimatum; weder die gewagte russische Mobilisation noch die Antwort Deutschlands. Wenn wir fragen, warum alle Mächte in Bündnissen vereinigt waren, die diesen Konflikt voraussahen und vorbereiteten, genügt es nicht, zu antworten, daß gegenseitige Furcht und Verdacht sie beherrschten. Alle von ihnen hegten Pläne, die — an sich selbst zumeist gerechtfertigt — nur durch den Krieg verwirklicht werden konnten. Die Bündnisse waren zur Verteidigung geschlossen, aber jede Macht trug sich mit dem Gedanken, in dem Falle, daß sie zur Selbstverteidigung kämpfen müßte, die Gelegenheit wahrzunehmen, um ihre positiven Zwecke zu verwirklichen. Die Gelegenheit kam im natürlichen Verlauf der Dinge. Jede Macht behauptete, sich selbst zu verteidigen, und jede verfolgte ihre lange verborgenen Hoffnungen. Wir lebten in einem Europa, das nicht die Organisation hatte, große Veränderungen ohne Krieg durchzuführen. Die Notwendigkeit von Veränderungen ist die wahre Ursache unseres Krieges. Die wichtigsten der positiven Ziele waren im gegebenen Falle der deutsche Drang nach kolonialer Expansion, die slawischen und italienischen Forderungen der Stammesvereinigung auf Kosten Oesterreichs, die französischen Hoffnungen auf Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens und der traditionelle Drang Rußlands nach Konstantinopel. Im ganzen waren alle diese Hoffnungen auf unserer Seite — mit Ausnahme der letzten — Anwendungen des Nationalitätsprinzips. Auf Seite Deutschlands war es die Forderung eines wachsenden, kräftigen, hochorganisierten und ehrgeizigen Volkes nach einer seiner industriellen Entwicklung entsprechenden wirtschaftlichen „Expansion."

Brailsford untersucht nun eingehend die politische Konstellation der europäischen Staaten, und er meint, daß ein Ausgleich sehr wohl möglich sei, bei dem sich beide Teile, ehrlich an die künftige Sicherheit der Welt denkend, selbst die Aufgabe stellen, nicht nur ihre eigenen Zwecke zu verwirklichen, sondern auch jeder Forderung der Gegner, die mit dem allgemeinen Wohl der Welt vereinbar ist, entgegen zu kommen.

Weiter sagt Brailsford: „Die Formel, die aus diesen Voraussetzungen folgt, ist die eines Austausches. Laßt uns unsere Nationalitätenforderungen in vernünftiger Höhe halten und sie mit einer großherzigen Befriedigung der wirtschaftlichen Forderungen Deutschlands bezahlen! Die erste dieser Forderungen ist, wie ich annehme, die wirtschaftliche Expansion in der Türkei und die zweite vielleicht ein allgemeines System des Freihandels mit den Kolonien. Laßt uns also, gemäß der Idee des Tausches, Bürgschaften gegen den „Militarismus" und die Annahme eines dauernden Grundplanes für ein Schiedsverfahren fordern, mit einer Bereitschaft unsererseits, unseren eigenen „Navalismus" (Seemachtspolitik) einzuschränken. Unter einer Bedingung, scheint mir, können wir auf eine Lösung der elsässischen, serbischen, polnischen — und auch belgischen — Frage auf Grund des Nationalitätsprinzips hoffen: nämlich, wenn wir Deutschlands politisches und wirtschaftliches Uebergewicht in der Türkei annehmen. Die Türken haben sich bisher ihr Schicksal selbst gemacht; manche werden es vielleicht eine gerechte Strafe für ihre Vergangenheit nennen. Zu dieser Lösung würde auch die freie Benützung gewisser Bahnen und Häfen auf dem Balkan gehören, aber sie müßte nicht die Unterwerfung der Balkanvölker bedeuten. Es scheint mir schwer zu beweisen, daß eine deutsche Türkei die Freiheit der Welt mehr bedrohen würde als ein britisches Indien. Die schwerste Drohung für die Freiheit der Welt ist heute ein unbefriedigtes Deutschland, das unaufhörlich klagen würde; eingeschnürt und eingeschlossen zu sein, und das leicht von Worten zu Taten übergehen würde. Meine Auffassung mag strittig erscheinen. Mögen jene, die sie bestreiten, ihre Antwort auf die Frage sagen: Kann ein Friede dauern, der gerechtfertigte Ansprüche gehemmt zurückläßt? . . ."

Die Wiener „Arbeiterzeitung", nach der wir Brailsford zitiert haben, sagt zu dessen Friedensvorschlägen: „Gegen seine Ausführungen im einzelnen, zum Beispiel gegen seine ideologische Auffassung des Nationalitätenproblems auf dem Balkan läßt sich natürlich vieles geltend machen. Auch würde die konsequente Anwendung des Nationalitätsprinzips schwerlich den Erwartungen des Vierverbandes entsprechen. Weit wichtiger aber ist die Tatsache, daß Brailsford — bekanntlich kein Sozialist, wenn auch ein entschiedener Demokrat — im Augenblick der wildesten Kriegsagitation das entscheidende Problem des Krieges: das Verhältnis zwischen dem alten kapitalistischen Staat England und dem jungen kapitalistischen Staat Deutschland so mutig betrachtet und daß eine der angesehensten Wochenschriften ihm Raum gewährt, seine Meinung ausführlich vorzutragen."

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Aus Anlaß einer Beratung zwischen Vertretern der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, die am 9. Januar im Reichstagsgebäude stattfand und sich mit den Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik und eines engeren wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den europäischen Mittelstaaten beschäftigte, traten die Vertreter der Verbandsvorstände am 10. Januar zu einer eintägigen Konferenz zusammen. Drei Gewerkschaftsvertreter Oesterreichs, die Genossen Domes, Grünwald und Hanusch, wohnten als Gäste den Verhandlungen bei. Der Bericht der Generalkommission beschränkte sich diesmal auf die Angelegenheiten der Tarifstatistik, der Abänderung des Reichsvereinsgesetzes und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Fragebogen zur Tarifstatistik sind vom Reichsstatistischen Amt bereits versandt und von einer Reihe von Verbänden ausgefüllt worden. Es empfehle sich also, sie allgemein durchzuführen, obwohl darüber kein Zweifel sein kann, daß das Berichtsjahr in tariflicher Hinsicht ein völlig anormales sei und keinerlei Vergleiche mit andern Jahren zulasse. Einige Einzelfragen bezüglich der Statistik wurden durch die Debatten geklärt. In bezug auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde über die Einsetzung eines Reichsarbeitsausschusses berichtet, der alle Angelegenheiten auf diesem Gebiete zusammenfaßt und durch Unterausschüsse die einzelnen Arbeitsgebiete regelt. Die Generalkommission hat zum Reichsarbeitsausschuß wie zu den Unterausschüssen Vertreter ernannt und wird gemäß dem Beschluß der vorhergehenden Vorständekonferenz eine besondere Arbeitskraft für die Sammlung und Bearbeitung der auf diese Aufgabe bezüglichen Materialien einstellen. Eine geeignete Kraft konnte bisher noch nicht gewonnen werden. Indes wurde aus der Konferenz der Wunsch geäußert, den Versuch, einen geeigneten Mann für diese Aufgabe zu erhalten, doch zu erneuern und da Vorschläge dafür gemacht wurden, so stimmte die Konferenz dieser Auffassung zu. Weiter wurde berichtet, daß die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch der Zustimmung des Bundesrates entbehre, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Vereinsgesetzes für politische Vereine ausnehmen, alles weitere aber bis nach dem Kriege zurückstellen wolle. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten. Der Bericht der Generalkommission wurde zur Kenntnis genommen. Sodann beantragte die Generalkommission, in Rücksicht auf die ganz außerordentliche Verteuerung aller Lebenshaltungskosten denjenigen Angestellten, die im Innen- oder Außendienst der Generalkommission beschäftigt sind und deren seitheriges Gehalt 3000 Mark einschließlich nicht übersteigt, eine Aufbesserung von 10 Mark monatlich zu gewähren. Die Konferenz schloß sich der Begründung dieses Antrages an, erhöhte indes die Gehaltszulage auf 15 Mark pro Monat. In ihrem weiteren Verlauf befaßte sich die Konferenz eingehend mit den gegenwärtigen Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Rückwirkungen für die Vertretung der Interessen der Gewerkschaften. Allgemein wurde der Disziplinbruch der 20 Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstage zusammengefunden haben, aufs schärfste verurteilt. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: Daß die Stellung der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses, sowie des Parteivorstandes allein den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben.

Aus Nah und Fern.

Gasvergiftung. Eine schwere Gasvergiftung hat sich in Groß-Schachwitz bei Dresden zugetragen. Dort wurde die Frau des Fräsers Fischer nebst ihren beiden jüngsten Kindern durch Gas vergiftet aufgefunden. Die Mutter und das achtjährige Mädchen waren bereits tot, während der fünfjährige Knabe ins Leben zurückgerufen werden konnte. Wie das Unglück sich zugetragen hat, konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden.

Wachsende Sturmflut in Holland. In Nordholland wird, nach einem Telegramm des „Berliner Tageblattes" aus Rotterdam, ein neuer Deichbruch befürchtet. Eben wird aus Lumerend gemeldet, daß der Sturm an Stärke zunimmt. Das Wasser wächst zu beunruhigender Höhe, die Wellen stoßen gegen die Deiche des Wyde Wormerpolders, dessen Bewohner flüchten.

Großfeuer bei Bergamo. Wie der „Corriere della Sera" berichtet, brach in Valle Parina in der Provinz Bergamo eine entsetzliche Feuersbrunst aus, die seit zwei Tagen anhält, sich über vierzehn Kilometer erstreckt und die Bevölkerung in großen Schrecken versetzt.

Die Ursache des Brandes in Bergen. Der „B. Z." wird aus Bergen berichtet: Nach einem amtlichen Brandbericht verursachte die Unachtsamkeit zweier Arbeiter den Brand in Bergen. Die Arbeiter waren in einem Brückenspeicher mit einem Licht einem Ballen Harz zu nahe gekommen, der sofort in Brand geriet.

Der Bottnische Meerbusen zugefroren. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Der ganze Bottnische Meerbusen ist nunmehr zugefroren. Das Eis liegt einen Meter stark von der schwedischen bis zur finnischen Küste. Die Schiffahrt ist dadurch bis zum Mai unterbrochen. Zollwachen sind auf den Inseln aufgestellt, um die Warentransporte zu überwachen.

Ein schwedischer Dampfer vermißt. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende" meldet aus Malmö: Der schwedische Dampfer „Nina", der Sonntag von Kopenhagen nach Ystad abging, wird vermißt. Das Schicksal des Schiffes ist unbekannt.

Grauenhafte Mordtat. In der Kolonie Großpanki bei Radzyn wurden 8 Zivilpersonen ermordet und beraubt. Die Täter sind vermutlich Handwerksburschen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.